

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepostete Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Bereits- und Veranlassungs-Kosten,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate
für die nächste Nummer müssen bis
4 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. November 1897.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

Ueberseeische Machtenkaltung.

Es wird uns geschrieben:
Die plötzliche Befehung der Kiau-Tschau-Bucht auf der
Halbinsel Schantung in China durch deutsche Truppen dürfte
selbst für die Kreise überraschend gekommen sein, die schon
seit Jahren dem Deutschen Reich die Weltmachtstellung in großem
Stille empfohlen haben.

Zu dieser Auffassung muß jeder gelangen, der die
Ereignisse der letzten Wochen mit der auswärtigen Politik der
letzten Jahre vergleicht. Der prinzipielle Umschwung liegt auf
der Hand. Die Ermordung einiger Missionare bietet heute den
Anlaß, mit China einen Konflikt zu provozieren, der deutscherseits
ebenso an den Haaren herbeigezogen ist, wie der mit Haiti.

Wenn Deutschland also plötzlich gegen China andere
Saiten aufzieht, so müssen die Gründe dafür ganz wo anders
als in der Ermordung deutscher Missionare gesucht werden. Nun
wird gesagt, Deutschland wüßte zum Ausgangspunkte
seiner ostasiatischen Operationen eine eigene Flottenstation
und daher die Okkupation der Kiau-Tschau-Bucht.

Das war 1895. Und heute werden die Prinzipien der
damaligen auswärtigen Politik förmlich umgestülpt und
die nächste beste Gelegenheit zum Anlaß einer großen
überseeischen Aktion gemacht. So unsehbar jetzt
noch das Vorgehen Deutschlands China gegenüber sein
mag, es muß und wird zu den ernstesten Verwickelungen nicht
nur mit China selbst, sondern auch mit anderen Großmächten,
vor allem mit Japan, führen.

Und da fragt sich's denn doch, ob das deutsche Volk eine
solche überseeische Machtpolitik mitmachen will oder kann?
Die deutsche Regierung hat es ja nicht für nötig gehalten,
den Reichstag wegen der grundsätzlichen Aenderung ihrer aus-
wärtigen Politik zu befragen. Während der Staatssekretär des
Auswärtigen Amtes zur Abschiedsvisite in Italien war, ist der

verhängnisvolle Umschwung erfolgt, hat man Thatsachen ge-
schaffen, an denen der Reichstag mit seiner Opposition scheitern
soll. Denn eine energische Opposition würde nichts anderes
verlangen müssen, als eine sofortige Aufgabe der besetzten
Bucht und dazu dürfte sich der jetzige Reichstag wohl kaum
aushändigen. Eine solche Opposition erbeischt anderer Mittel,
als sie der gegenwärtige Reichstag anzuwenden geneigt sein
dürfte.

Und dabei können wir uns mit Frankreich in Beziehung
auf seine Seestreitkräfte noch in keiner Weise messen. Zu einer
überseeischen Machtenkaltung fehlt nun Deutschland in erster
Linie die nötige Kriegsflotte. Sie heute noch zu schaffen, ist
eine Unmöglichkeit, da die Fortschritte der mit Deutschland
konkurrierenden Staaten von einem noch so leistungsfähigen
Volke, wie es das deutsche nicht einmal ist, nicht mehr ein-
geholt werden können.

Die Absicht der Leiter unserer auswärtigen Beziehungen
durch die Befehung der Kiau-Tschau-Bucht, Deutschland
in die Bahnen einer ulerlosen Weltmacht-Politik zu
lenken, zeugt daher nicht nur von grenzenlosem, unverantwort-
lichem Optimismus, sondern von einer vollständigen Ver-
leugnung der Leistungsfähigkeit Deutschlands auf hoher See.
Eine nüchterne Abwägung aller Umstände muß zu dem Resul-
tate kommen, daß wir es uns nicht einfallen lassen dürfen, uns
irgendwie der Möglichkeit eines Konfliktes mit einer ersten
Seemacht auszuweichen, der auf hoher See angezogen werden
müßte.

War der Zwischenfall mit Haiti nur als eine Pression
auf den Reichstag zu gunsten der Marinevorlage aufzufassen,
so ist der Konflikt mit China und die Okkupation chinesischen
Gebietes nichts anderes als der erste Schritt einer Weltmacht-
Politik, deren verhängnisvolle Tragweite in keiner Weise ab-
zusehen ist.

In die Wahlparole für die nächsten Reichstagswahlen
muß darum nicht nur einbezogen werden: Gegen die
Marinevorlage, gegen neue Steuern, sondern mit viel mehr
Berechtigung: Gegen jede konfliktsschwangere
Machterweiterung über See, gegen jede
Abenteurerpolitik!

Politische Uebersicht.

Berlin, 24. November.

Die Erftwahl im Kreise Oldenburg-Plön. Ein
endgiltiges Resultat über die gestern stattgefundene Wahl liegt
noch nicht vor. Nach der letzten Depesche, die wir aus
dem Kreise erhielten, fielen auf den Kandidaten der
vereinigten Konservativen und Nationalliberalen (unterstützt
vom Bunde der Landwirthe) Herrn v. Tungen 7507 St.,
auf den Sozialdemokraten Weinheber 2760 St.,
auf Damaskle (national-sozial) 2403, auf Schmidt (frei-
volkspartei) 1839, auf Doed (frei-vereinigung) 1394 St.
Es fehlten bei diesen Ergebnissen noch 50 Ortschaften mit
ca. 900 Stimmen. Jedensfalls hat Stichwahl zwischen
dem konservativen und dem sozialdemo-
kratischen Kandidaten stattgefunden. Bei der
Wahl im Jahre 1893 siegte im ersten Wahlgange
der konservative Graf Holstein mit 9281 Stimmen; ein Frei-
sinniger erhielt 3898, ein Sozialdemokrat 3230 Stimmen.

Zur richtigen Würdigung der Bedeutung dieser Wahl
geben wir einige Mittheilungen wieder, die uns aus dem
Kreise selbst zugehen:

Der Kreis Oldenburg-Plön ist ein fast ganz ländlicher, sehr
ausgedehnter Wahlkreis. Von Industrie ist fast keine Rede. Auf dem
Lande überwiegt der großbäuerliche Betrieb, auch fehlen
große Güter nicht. Das ländliche Proletariat lebt in größter
Abhängigkeit von seiner Herrschaft, Wahlbeeinflussung der größtenteils
Art ist hier selbstverständlich an der Tagesordnung. An
der Küste wohnt eine zahlreiche Fischerbevölkerung.

Ist es ein Wunder, daß in diesem Wahlkreis konservativ ge-
wählt wird? In den sechziger Jahren ist zwar einmal ein Sozial-
demokrat, Reimers aus Hamburg, gewählt worden, aber das
geschah aus Opposition gegen das verhasste Preußen, nicht aus
Sympathie für die sozialdemokratischen Bestrebungen. Seitdem sandte
der Kreis Oldenburg-Plön stets mit großer Majorität konservative
Abgeordnete in den Reichstag.

Bei der jetzigen Wahl versuchten Freisinn sowie die neu auf-
tretende Richtung der National-Sozialen neben den Sozial-
demokraten die Wähler zu gewinnen. Die Freisinnigen leisteten sich
thörichterweise den Luxus zweier Kandidaturen. Die National-Sozialen
dachten nicht nur an eine Zahlkandidatur, sondern wollten einmal ernst-
haft erproben, was sie im politischen Kampfe auszurichten vermögen.
Das bewies ihre Agitation, die mit einem wahren Feuereifer be-
trieben worden ist. Während vier Wochen durchzogen die besten
Redner der National-Sozialen den Kreis, überall Flugschriften ver-
breitet, Versammlungen abgehalten und in zahlreichen Fällen die
Diskussion in gegnerischen Versammlungen zur Propaganda be-
nutzt. Die Gohre, Raumann, Gerlach, Viedt, Tischendorf und
nicht zuletzt natürlich der Kandidat Herr Damaskle selbst boten die
ganze Kunst ihrer Beredsamkeit auf, um Anhänger zu werben.
Und man muß zugestehen, daß diese Kalkulationen nicht ganz
phantastisch schienen. Wenn die verschwommene, widerspruchsvolle
Politik der Herren irgendwo eine Aussicht auf Anhang haben
konnte, so hier unter der Bevölkerung des neunten Schleswig-
Holsteinischen Wahlkreises. Das Wahlprogramm der Herren
enthält Forderungen aller gegnerischen Parteien. Von den
Konservativen hatten sie die Forderung (allerdings nur
absolut erforderlicher) Schutzölle entlehnt, auch rühmten
sie sich nicht mit Unrecht nach, ebenso begeisterte „Patrioten“ und
Militärschwärmer zu sein, wie die Konservativen. Mit Freisinnigen
und Sozialdemokraten erklärten sie einzutreten für größere Volks-
rechte, für (möglichste) Befreiung der indirekten Besteuerung, für
eine scharfe progressive Einkommensteuer, Erbschaftsteuer u. s. w.
Weitere Forderungen waren: Gesetzliche Festlegung der zweijährigen
Dienstzeit, öffentliches Militärgerichtsverfahren, Einschreiten gegen
den Weitzung u. c. Diese Forderungen waren wohl dazu angethan,
den freisinnigen Epochen zu imponieren, während die Phantastik
von einem „sozialen Königtum“ und der Verpflichtung des Ein-
tretens für die „Macht und Ehre“ des Vaterlandes auch konservativ
Bekanntem unangenehm in das Ohr klingen mußten. Ferner war das
Betonen der Forderung eines energischen Arbeiterschutzes
angekündigt, naive Seelen aus dem Arbeiterstande zu belibden,
sintemalen das Stimmen für einen National-Sozialen ja bei
weitem nicht mit den Gefahren verbunden war, welche
das Stimmen für einen Sozialdemokraten in sich barg.
Unsere Partei litt zudem noch unter großem Mangel an Versamm-
lungskolaten und war in ihrer Agitation nicht besonders lebhaft.

Das nun vorliegende, wenn auch noch nicht ganz voll-
ständige Wahlergebnis wird vor allem die National-Sozialen
sehr betrüben. Trotdem der Kreis für sie recht günstig war,
trotdem sie alle ihre besten Kräfte dorthin zu werfen ver-
mochten, die bei einer allgemeinen Wahl nur zerstückt wirken
könnten, haben sie wenig erzielt. Ebenso haben die freisinnigen
Richtungen recht schlecht abgeschnitten. Infolge ihrer Uneinig-
keit unter einander fallen sie auch aus der Stichwahl aus.

Am günstigsten ist das Wahlergebnis für die
Sozialdemokratie. Sie hat zwar fast 500 Stimmen
weniger erzielt als 1893, aber ihr Hauptgegner, der Vertreter
der junkerlichen Reaktion, hat ebenfalls einen bedeutenden
Stimmerrückgang erfahren, der sich nach den vorliegenden
Mittheilungen auf fast 1800 Stimmen beläuft.

Fast man das Gesamtergebnis des Wahlkampfes ins
Auge, so ist auch bei dieser Wahl wiederum ein Rückgang
der Reaktionsparteien und ein Vormarsch der mehr oder
weniger freisinnigen Parteien zu verzeichnen.

Im Jahre 1893 standen dem konservativen Kandidaten
nur 7128, diesmal aber 8394 Oppositionswähler gegenüber.
Also ein Wachstum der Opposition um über
1300 Stimmen, ein Rückgang der Reaktion um
1800 Stimmen!

Und voran in dem Kampfe gegen die junkerliche Reaktion
marschirt auch in jenem ländlichen Wahlkreise die energischste
Verfechterin der politischen und sozialen Emanzipation, die
Sozialdemokratie!

Der Landrath und § 193. Wie wir schon gestern
mittheilten, ist der Landrath v. Puttkamer vom Amts-
gericht Stolp freigesprochen worden von der Anklage, die
die Redakteure des „Reichsblatt“ und „Banernfreund“ gegen
ihn erhoben hatten. Jetzt liegt auch die Begründung des Ur-
theils vor. Dasselbe besagt:

Es muß zwar anerkannt werden, daß der Angeklagte die
Verfügung vom 28. Juli 1897 in amtlicher Eigenschaft zu
erlassen nicht berechtigt war. Im ganzen preussischen Staate
werden Zeitungen jeder Art und jeder Richtung durch schul-
pflichtige Kinder umgetragen, ohne daß ein Mensch daran An-
stoß genommen hätte. Auch sei der Angeklagte Ob. Regierungsrath
v. Puttkamer nicht direkter Vorgesetzter der Lehrer, so daß
ihm ein Eingriff in die Schulacht nicht zu-
stehe. Es könne ihm deshalb in seiner Eigen-
schaft als Beamter der Schutz des § 193
des Reichs-Strafgesetzbuches nicht zugesprochen werden.
Der Gerichtshof komme aber aus einem anderen Gesichtspunkte
dazu, ihm diesen Schutz dennoch zu bewilligen. Ein Redakteur
sei als Verfasser der Zeitung ein Gewerbetrei-
bender, und der Ausdruck des angeklagten Landraths könne
nur als ein „tadelndes Urtheil“ über eine gemein-
liche Leistung angesehen werden, die nur dann strafbar
sei, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung in der Form
der Verhöhnung oder aus den Umständen, unter denen sie ge-
schah, hervorgeht. In dieser Beziehung sei aber festzustellen,
daß im heutigen politischen Leben und in Parteikampfe Ausdrücke
wie „gemeinlich“ und dergleichen nur in dem Sinne
gebraucht werden, daß die Meinungen der Gegner mit dem Ge-
meinwohl nicht vereinbar und deshalb gemeingefährlich seien.
Die Form der Verhöhnung und die Umstände, unter denen sie geschehen
ist, deuten also darauf hin, daß es dem angeklagten Landrath
nicht darauf angekommen ist, die Person des
Redakteurs zu treffen, sondern nur die Verbreitung der
ihm parteipolitisch unangenehmen Blätter zu verhindern.

Allerlei Respekt vor dem Urtheil des Stolper Amts-
gerichts. Dieß sich die Auffassung von der Biederkeit des Herrn

Landrats aber nicht durch eine etwas weniger lähne Auslegung bekräftigen als die, daß ein Redakteur ein Gewerbetreibender sei?

Jedoch uns soll es gewiß recht sein, wenn der Schutz der berechtigten Interessen bei politischen Kontroversen in möglichster weitem Maße und wäre es auch durch solche wunderbaren Ausdeutungen gewährt würde. Nur ist es gar merkwürdig, daß dieser Schutz gerade den v. Stamm und v. Pittlamier zugeprochen wird. Das ist natürlich lediglich Zufall; ein Gericht befindet so, ein anderes anders.

Daß Oppositionspolitik und gar Sozialdemokraten so fürsorglichen Schutz bei den Gerichten finden könnten, das darf man selbstverständlich in den gegenwärtigen Zeitläuften nicht erwarten!

Aberkennung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst. Ein früherer Schüler der technischen Hochschule in Charlottenburg, G. Kr. hatte, als er noch Student war, über eine studentische Angelegenheit in die Zeitschrift „Sozialistische Monatshefte“ berichtet. Diese Thatsache war bekannt geworden und wurde, als Kr. sich zur Ableistung seiner einjährigen Dienstpflicht melbete, der Militärbehörde hinterbracht. Diese hat daraufhin demselben das Recht, als Einjähriger zu dienen, aberkannt und ihn als Zweijährigen einem Regiment zugewiesen. Kr. möchte sich diese Behandlung nicht gefallen lassen und ging ins Ausland.

Die Militärbehörde macht das Privilegium des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes also auch von der politischen Gesinnung des jungen Mannes abhängig. Wer irgendwie sozialdemokratische Gesinnungen verdächtig ist, soll nicht einjährig dienen dürfen. Warum erklärt man solche gefährliche Menschen denn nicht lieber des Soldatenverdens überhaupt für „nicht würdig“?

Wenn das so schon genug verhasste Privilegium des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes auch noch als unvertäglich mit politischer Freiheitlicher Gesinnung erklärt wird, so wird es bei der Masse des Volks und der Soldaten nur eine noch abfälligeren Beurteilung erfahren!

Deutsches Reich.

Der Entwurf der Militär-Strafprozeß-Ordnung wird, wie der „Hamb. Corresp.“ aus Berlin erklärt, am 27. November in einer Extrablatt der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden.

Die Zeitschrift „Handel und Gewerbe“ ist zum Organ des deutschen Handelslages gemacht worden. Unter Aufsicht des wissenschaftlichen und politischen Ausschusses der Zeitschrift hauptsächlich zweierlei: 1. Darstellung und Verarbeitung der Ergebnisse der Thätigkeit der Handelskammern und verwandten Körperlichkeiten, 2. Förderung der Thätigkeit selbst. Man hofft durch eine größere Öffentlichkeit dieser Arbeit zu erzielen und ihr namentlich bei den Delegirten und in den Parlamenten und der Presse eine eingehendere Berücksichtigung zu verschaffen.

Chronik der Eisenbahnunfälle. Amlich wird gemeldet: Der Nord-Express Nr. 12 überfuhr in der Nacht vom 22. zum 23. d. M. auf dem Ueberwege bei Bude 9 zwischen den Stationen Bismarck und Gr. Behnig der Bahnstrecke Berlin-Stendal ein Wälschwer, tödtete den Fahrer und beide Pferde. Das Fuhrwerk war, während der Fahrer schlief, gegen die vorwärtsmäßig geschlossene Barriere gefahren und hatte dieselbe soweit vorgedrängt, daß die Pferde im Gesele standen. Vom Wälschwer aus dem Schlaf aufgereißt, wurde der Mann bei dem gemeinsamen Versuch, die Pferde zurückzudrängen, trotz Warnung vom Zuge überrascht und sammt den Pferden getödtet.

Amlich wird ferner gemeldet: Vorgestern Abend 5^{1/2} Uhr wurde durch den Schnellzug 95 (Wingerbrück-Röln) unterhalb der Station Seilzig ein auf dem Ueberweg bei Bude 115 liegendes gebildenes Laubholzfuhrwerk überfahren und ist dabei die Lokomotive mit einer Achse entgleist. Personen wurden nicht verletzt.

Amlich wird noch amlich aus Eberfeld gemeldet: In der Nacht vom 23. zum 24. d. M. fuhr auf der Station Varmen-Mittels-hausen eine Lokomotive einem einfahrenden Güterzuge in die Räder, wobei ein Bremser verletzt und die Lokomotive mit zehn Wagen beschädigt wurden. Der betreffende Lokomotivführer hatte seine in einem Mangelskopf stehende Maschine trotz falscher Weisungstellung anscheinend ohne jeglichen Aufruf in Bewegung gesetzt.

Ein Parteitag der deutschen Volkspartei für Baden ist auf den 18. Januar in Karlsruhe anberaumt.

Verleumde nur ruhig. Die Streitpunkte bekommen erhöhte Bedeutung aus der Streitfrage, sagt die „V. Volkswirtschaftl. Korresp.“ abermals, ohne den Schatten eines Beweises herbeizubringen. Damit es aber nicht bei der einen nur wiederholten Lüge bleibt, erfindet sie noch eine und behauptet, die

Restaurateurs würden von unseren Parteigenossen zu einer hohen Besteuerung für den sozialdemokratischen Parteifonds herangezogen. Solche Lächerlichkeiten sagen Leute, deren politischer Einfluß nur denkbar ist durch das Ausgeben aller Beamten bis zum Nachwächter, durch rücksichtslosen Terrorismus der Unternehmer gegen die Arbeiter. Jeder anständige Mensch weiß, daß keine Partei mit so einwandfreien Mitteln ihre Beiträge aufbringt, wie die Sozialdemokratie.

— Offizielle und Sozialistenblatt. Aus Mainz wird berichtet: Einer unserer Genossen, der früher in der Restauration des Konzerthauses Bierbier vertrieb, hat, pflegt dort zum Essen die „Mainzer Volkszeitung“ zu lesen. Gestern wurde er zu seinem Erlahmen von dem Wirthe ersucht, diese Beiträge zu unterlassen, da dort verkehrende Offiziere ihn darüber zur Rede gestellt hätten. Unser Genosse bemerkte, daß er die Herren bedauere, wenn sie eine abweichende Meinung nicht vertragen könnten, daß er eben diese Zeitung lese und künftige das Lokal meiden werde.

Und Ober-Schlesien, 23. November. (Eig. Ber.) Ein für die ober-schlesische Montanindustrie sehr wichtiger Prozeß ist jetzt vom Reichsgericht entschieden worden. Schon im Jahre 1888 hatte der 1890 verstorbene Graf Hugo Hengel von Donnersmarck für das Gebiet der ihm gehörigen freien Standesherrschaft Weiden Ober-Schlesien auf Grund seiner ganzen Anzahl alter Urkunden die Privatbergregal beantragt, wie sie der Fürst von Pleß und der Herr von Zielwinder für das Fürstentum Pleß resp. für die Herrschaft Kattowitz-Weidlowitz besaßen und ausübten. Das Weidener Landgericht hatte aber keine Klage gegen den künftl. Bergbesitzer, der das Bergregal ausübte, abgewiesen. Das Breslauer Landgericht gab zwar den Erben des Grafen Hugo, den drei Brüdern Hugo, Pazy und Arthur Hengel von Donnersmarck, die die Klage ihres Vaters wieder aufgenommen hatten, recht (1891), aber sowohl das Breslauer Ober-Landesgericht (1892) wie das Reichsgericht (1893) erkannten auf Abweisung der Klage.

Noch im Jahre 1893 wurde die Sache von neuem beim Weidener Landgericht anhängig gemacht; 1894 erfolgte hier die Zurückweisung der Klage. In der Fortsetzung des Prozeßes, die durch die fortgesetzte Herbeischaffung aller Dokumente ermöglicht wurde, wurden die Klager 1896 vom Breslauer Ober-Landesgericht und vor kurzem endgiltig vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Welche Bedeutung ein Sieg der drei Grafen Hengel gehabt hätte für die ober-schlesische Montanindustrie, mögen folgende Zahlen zeigen. Die Fläche der Herrschaft Weiden, für die das Bergregal beansprucht wurde, beträgt 216 274 000 Quadratmeter; auf diesem Gebiete liegen 84 Steinkohlen-Bergwerke von 105 876 000 Quadratmeter Fläche, außerdem 41 Blei-Bergwerke, 115 Zink-Bergwerke und 38 Schwefel-Bergwerke. Die Unternehmer hätten 10 pCt. des Brutto-Ertrages an die Regalherren zahlen müssen, den größten Schaden davon aber hätten natürlich die Arbeiter gehabt. Der Verkehrswert des Streitobjektes wurde auf 46 879 000 M. geschätzt; der eingeklagte Werth war nur auf 4^{1/2} Millionen Mark geschätzt; trotzdem betragen die Projekostkosten 270 000 Mark. — In dieser Stelle möge an die vorjährigen Untersuchungen des Breslauer Archivars Dr. Konrad Wulle (Studien über die Entwicklung des Bergregals in Schlesien, Berlin 1897) erinnert werden, der nachgewiesen hat, daß die in neuerer Zeit erfolgten Verleihungen des Bergregals auf Grund alter Urkunden, die diese Verleihungen zu rechtfertigen scheinen, auf falscher Interpretation dieser Urkunden beruhen und daher eigentlich nicht zu recht bestehen. Insbesondere gilt das von dem auf der Herrschaft Kattowitz-Weidlowitz des Herrn v. Zielwinder ruhenden Privatbergregal. Aber selbst wenn Privatbergregalitäten zu recht behänden, müßten sie als verhasste Reste des Feudalismus längst beseitigt sein.

Dresden, 23. November. (Eig. Ber.) Sächsischer Landtag. Der Landtag trat heute in die allgemeine Vorberatung des Etats ein. Finanzminister v. Mehrtens weist auf die günstige Finanzlage gegen früher hin, die alle Erwartungen übertroffen. Aus den Ueberschüssen der Matrifalarbeiträge von 1894/95 im Betrage von rund 800 000 M. soll ein Reservefonds für kommende Fälle gebildet werden. Die steigende wirtschaftliche Entwicklung habe, von einigen Gewerbezweigen abgesehen, angehalten und die Steuerkraft erhöht, wenn auch der Ueberschuss durch die Naturereignisse des laufenden Jahres wieder beeinträchtigt werde. Alle wesentlichen Verwaltungszweige weisen Ueberschüsse auf, besonders die Eisenbahnen. Die Regelung der finanziellen Verhältnisse zum Reich sei leider noch immer ein frommer Wunsch, dessen Erfüllung bei dem bedauerlich geringen Interesse der Reichstagsmajorität nicht so bald zu erwarten sei. Ein Theil der den Bundesstaaten zuzuschendenden Reichseinnahmen werde ihnen durch die Frankfurter Klausel vorenthalten. Wir wissen nicht, ob wir später überhaupt noch etwas herausbekommen, oder ob nicht der ganze Ueberschuss zur Ueberhaltung der Reichsschulden verwendet wird. Der Minister fürchtet, daß das Bild von 1898/99 weniger erfreulich sein wird. Der Etat komme zwar ohne Steuererhöhung aus, das sei aber nur dadurch möglich geworden, daß man eine Reihe unproduktiver Bauten in den außerordentlichen Etat eingestellt habe. Die Lage des Erzbergbaues sei ernster denn je. Der Preis für das Rilo Silber sei von 90 auf 75 M. zurückgegangen und es müsse deshalb die Verminderung des Betriebs

und der Zahl der Arbeiter fortdauern. Die Einkommensteuer ist nur um 2 Millionen höher eingezahlt. Die Presse habe sich viel mit der Lage des Bahnpersonals beschäftigt und dieselbe vielfach sehr ungünstig beurteilt, die Betriebsverwaltung selbst aber habe das größte Interesse daran, daß ihre Leute zufrieden seien und nicht übermäßig angestrengt würden. Aus einer einmaligen Ueberanstrengung, die überall einmal vorkomme, dürfe man keine dauernde folgern. Es solle nur geschultes Personal verwendet werden und das lasse sich nicht aus der Erde stampfen. Der Etat verlange eine Bevölkerungszunahme und Gehaltserhöhung, die sich auf Millionen beläufte; man wolle eben keine Ersparnisse auf Kosten des Personals machen. Ob dadurch aber wirklich Zufriedenheit erreicht werde, erscheint selbst dem Minister zweifelhaft; es gäbe ja leider Parteien, deren ganzer Wille dahin gehe, keine Zufriedenheit auskommen zu lassen. Die Beamten sollen das Vertrauen in ihren Vorgesetzten durch diese Parteien nicht erschüttern lassen. Der außerordentliche Etat erfordert 115 Millionen, zu dessen Deckung nur die Ueberschüsse von 1894/95 vorhanden sind, so daß sich eine Anleihe nötig macht. Die geforderten Betriebsmittel für die Bahnen (49 Millionen) sind zum Theil schon in Bestellung, zum Theil sogar schon im Betrieb, sonst wäre der Wagenmangel ein noch größerer. Die neuen Bahnlösungen berücksichtigen gleichmäßig die Interessen der Landwirtschaft wie der Industrie. Durch den Bau unrentabler Nebenlinien sei allerdings eine geringere Verzinsung der Bahnen zu erwarten. Der Vertreter der Konföderativen, Mehnert, nahm die Gebude des Hauses im weitesten Umfange in Anspruch und verbreitete sich über unzählige Details. Er stellte sich wiederum auf den Standpunkt der allernüchternsten Opposition und spielt sich als den Vertreter der nothleidenden Landwirtschaft und des Kleinverbrauchs auf. Namentlich der Nationalliberale Georgi und der Fortschrittler Uhlmann. Waldstein (Soz.) muß sich erst durch einen energischen Appell an den Präsidenten Ruhe schaffen. Der wirtschaftliche Auffschwung sei den Arbeitern nicht in gleichem Maße zu gute gekommen wie den besitzenden Klassen. Die Finanzreform Riquets könne Sachien nichts nützen. Die Zunahme des Militär- und Marine-Etats im Reich werde die Matrifalarbeiträge steigern, die Mehrheitspartei sollten deshalb den Rath haben, den Militär-Etats und der neuen Marinevorlage entgegenzutreten. Die Staatsschulden seien in bedächtigem Wachsen; die Verzinsung der Staatsschulden (28^{1/2} Millionen) steife bereits nahezu den Ertrag der Einkommensteuer (27 Millionen) auf. Das Volk zahle also seine direkten Steuern nur für die Staatsgläubiger. Von Lohnniederlegungen für die Bahnarbeiter sei im Etat wenig zu merken; es würden noch immer Tagelöhne von 2,50 M. gezahlt. Die vorliegenden Petitionen der Bahnarbeiter verlangten Verzinsung der Arbeitszeit, Bezahlung des Gehalts während militärischer Übungen, sowie Bezahlung der Ueberstunden und Vierung der Dienstleistung. Das sei nicht unbedenklich. Die Regierung hat noch besondere Ausschüsse über den Etat in den Deputationen vorgeschrieben; wir Sozialdemokraten sind von den Deputationen ausgeschlossen und erfahren also nichts. Die Eisenbahn-Arbeiter erblickten gerade in der Presse ein Mittel zur Hebung ihrer materiellen Lage und ihr Eisenbahner-Verband sei gerade so berechtigt wie die Konsumvereine für die Beamten und Offiziere. Bei der Gewerbe-Inspektion werde an falscher Stelle gespart; die jetzigen Inspektoren mit den zugehörigen Assistenten seien zu wenig; auch für die Schule werde zu wenig gethan. Dagegen seien die 90 000 M. für einen Gesundheitsposten und die 28 000 M. für die Ordnungsanleihe völlig überflüssig, desgl. das Ministerium des Auswärtigen und ebenso die neu geforderten 50 000 M. jährliche Pauschale für den Prinzen Albert. Jeder Familienvater habe für seine Söhne selber zu sorgen, und wenn man dies vom Arbeiter verlange, könne man es von einem Prinzen erst recht verlangen. Die Uebernahme der Altkerkanlagen für die Lehrer auf den Staat sei nur eine Konzession von allen Forderungen. Er begrüße die Vermögens- und Erbschaftsteuer. Der neue Verwaltungs-Gerichtshof entspreche den gebotenen Erwartungen nicht; er besaße sich nur mit den Interessen der Besizenden, aber nicht mit der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, an welcher der Arbeiter ein Interesse habe. Die Wahlrechtsänderung hat gebracht, was die Majorität wünscht; wir sind weniger geworden, aber wir sind darum nicht kaum geworden. Die Reichstagswahlen werden die Antwort des Volkes geben. Wir werden immer oben drauf sein, und wenn Sie Mittwoch und Donnerstag auf uns kommen lassen. — Die Debatte wurde darauf auf den nächsten Tag verlag.

München, 23. November. Das Ministerium hat bestimmt, daß den im Tagelohn- und Arbeiterverhältnisse befindlichen Personen der bayerischen Staatsbahnen zum Zweck der Aufnahme an den Reichstags- und Landtagswahlen auch innerhalb der gewöhnlichen Arbeitsstunden, soweit die örtlichen Verhältnisse es gestatten, eine genügende Zeit freigegeben wird, ohne daß diese Zeit bei der Lohnberechnung in Abzug kommt.

München, 24. November. Die Kammer der Abgeordneten begann heute die Beratung des Antrages v. Vollmar betreffend die Amnestirung der wegen Haberfeldtreibens Verurtheilten und des Antrages Pankl, betreffend die möglichst weitgehende Begnadigung der verurtheilten Haberfelder, die von Fall

Nachklänge vom Tausch-Prozeß.

Herr Normann-Schumann besitzt seinen ja von vielen Seiten anerkannten Talenten auch die Gabe, den Wiedermann zu spielen. Er ist kein Moralfakel, mit der Offenheit des Gewohnheitsfähigens spricht er von seinem ehelichen Gewerbe als etwas Selbstverständlichem, er ist nur enttäuscht, wenn man an seinem Einfluß und seinen hohen Verbindungen zweifelt. Er gesteht ganz ungeniert zu, daß er schon mit 21 Jahren wegen Wechselsüchtigkeit bestraft wurde; aber was ist daran Böses? Es war ein Stück leichtsinnigen Liebeslebens der ersten Jugend! Als Lehrer in der Selecta einer höheren Töchterschule zu Berlin verliebte er sich in eine „häßliche Frauensperson“ — Anna v. Normann — die kam in Geldverlegenheiten, was blieb ihm als schwachemund Seladon anders übrig, als ein kleines Papierschek zu fälschen? Und schon damals verfiel er über hohe Gewinne: denn die Abbildung der Strafe ward ihm durch eine eigene Kabinetsordre Wilhelm's I. erspart! Wenn's wahr ist — denn an die Angaben Schumann's darf man nur glauben, wenn sie durch andere Thatsachen unterstügt werden. Was er in der Demunziation wider Webel und v. Marshall an die Oberkassanwaltschaft namentlich in bezug auf das Heußere Amt alles zusammenschwafelt, ist geradezu ungläublich.

Wenn man die von den ungläublichsten Beschimpfungen von Marshall's, v. Döhl's, v. Aderl's, Hamann's strotzende „Anklageschrift“ liest, begreift man, warum sie von Paris aus datirt ist; in der Schweiz tranic Herr Schumann den Gerichten wohl nicht von wegen einer etwaigen Beleidigungs- und Verleumdungsangelegenheit! Er bringt es fertig, die genannten Beamten als die eigentlichen Verursacher aller jener Majestätsbeleidigungs-Artikel in der ausländischen Presse hinzustellen, die nach den Anklagen Webel's, Marshall's, Brentano's u. c. laucirt hat. Er redet nur von dem „Trio“ oder der „Mique Döhl's - Marshall-Hamann“, von dem „großen Düngefall in der Wilhelmstraße“, auch gegen Herrn Ober-Staatsanwalt Drescher — „den Musterkaassanwal“, das Werkzeug jener berüchtigten Verleumdung im Auswärtigen Amt“ — erhebt er den Vorwurf „kaassanwaltschaftlichen Verleumdungsspiels“ und sein Enzimus geht soweit, daß er den Tausch-Prozeß einen „unerhörten Gerichtsstand“ nennt, den gegen ihn erlassenen Haftbefehl „nur ein kriminellistisches Scheingesecht“, um mich tänklich einzuschüchtern und als Hauptzeugen vom Prozeß v. Tausch fernzuhalten“, denn über einen Monat nach dem Seder-Löthow-Prozeß, bis zum 17. Januar, habe man ihn in Berlin mit seiner Familie unbedrängt wohnen lassen.

Auch gegen v. Tausch giebt er eine Salve von Beschimpfungen und Anschuldigungen ab. Bereits am 17. Juni d. J. habe die

Staatsanwaltschaft das ihr durch seine Frau angebotene schwere Belastungs- und Aufklärungsmaterial betr. Tausch abgeholt; nun habe er aber in Zeugen Gegenwart am 4. und 9. September zwei Briefe an hohe Vorgesetzten des v. Tausch ausgegeben, welche über das Treiben v. Tausch's erdrückendes Material enthalten. Und der Ehrenmann Schumann nimmt nicht etwa jezt Rache an Tausch. Nein, bereits seit 1890 hat er den Kommissaren Wolff und Pih, sowie den Wachtmeistern Adamowicz, Gufovius und anderen Jengen vertraulich geflagt, welche Maßnahmen — er fährt sie auch an, sie verflohen alle gegen das Strafgesetz — Herr v. Tausch zur Schuldontahmung anzuwenden beliebt; deshalb habe ihn auch Tausch mundtot machen wollen, deshalb seien Briefe mit seiner Unterschrift in Schreibmaschinenchrift angefertigt, deshalb sei Löthow von Tausch zu jenen anonymen Briefen veranlaßt worden, deshalb die lächerlichen Äußerungen von Wigamie und Expreflung und dergleichen, während er — „sein Engel ist so rein“ — aus Frankreich, Italien, Griechenland, der Türkei und Schweiz Schriftstücke über Schleichbeilegen Inne und beilegt, die alle bestätigen, daß er ein Ehrenmann sei, weshalb denn auch die entgegenstehenden Aussagen namentlich Marshall's eitel Äußerungen sein müssen. Und wenn vielleicht Herr v. Marshall sich auf die Äußerungen fülle, so seien diese eben von Tausch gefälscht worden.

Mit Vorliebe verweilt Schumann in diesen Eingaben an die Staatsanwaltschaft bei seinen patriotischen und politischen Verdiensten. Als Korrespondent des „N.-D. Herald“ habe er durch seine Verbindungen mit dem Grafen von Schiller dem Vatikan gute Dienste geleistet, ebenso durch seine Berichte an Herrn v. Hammerstein, „welcher diese damals nachweislich an eine hohe Justiz weitergeben mußte und welche nicht wenig zur baldigen Beilegung der kirchenpolitischen Meinungen beigetragen haben und darum auch den Born des kriegerischen Zeutrums herausforderten.“ Und er habe das alles nur als Katholikensfreund gethan, um den konfessionellen Frieden herbeizuführen. Die edle Seele! Armeebischof Dr. Rüchus, Probst Dr. Jabel, Kurator Haber an der Bedwigskirche und der Abg. Dr. Marquet, früher Cbesredakteur der „Germania“ würden ihm das gerne bestätigen. „Ich bin es ja gewesen“, — schreibt er — „auf dessen Berichte hin vor Jahren die gegen die damals in Berlin verweilenden Jesuiten lästige und anhöchster Stelle gewünschte polizeiliche Ueberwachung eingeleitet wurde. Es ist wirklich zu beklagen, daß die Herren v. Richtig und Manderode todt sind, um solche Angaben, die Herrn Schumann's Einfluß höher einschätzen als den anhöchster Stelle geäußerten Wunsch, nicht sofort runderweg zu widerlegen.“ Von diesem seinen Einfluß bei dem Berliner Polizeipräsidenten spricht Herr Schumann gar zu gerne. Als Herr Brentano,

früher Cbesredakteur, jezt Mitarbeiter am „Berliner Lokal-Anzeiger“, von Halle aus dem Reichsanwalt mittheilte, daß der vielerfragte Berliner Korrespondent der „Saale-Zeitung“ unter den Agenten der politischen Polizei zu suchen sei, habe Caprivi diese Angabe sofort ernst genommen und sofort dem Kaiser Vortrag gehalten. Dieser habe aber sofort seine Zweifel ausgedrückt; diese seien dann Caprivi gegenüber mündlich von Herrn v. Richtigshoffen gelegentlich des Begräbnisses von Windthorst's und später schriftlich bestätigt worden und diesem die Sache als „Brentano'scher Schwinkel“ bezeichnet worden.

An anderer Stelle schreibt er: „Beim Präsidium stand ich zuletzt in der Gehaltskala weit höher wie der vorgesehte Dirigent der Politischen Abtheilung, Polizeirat v. Manderode. Ich habe dort in meinen fast neunjährigen Diensten mir das volle Vertrauen des verstorbenen Präsidenten von Richtigshoffen erworben, der darum mit Recht auf die Gesuche des durch Hamann aufgehehten Reichsanwalt Caprivi und Ministerpräsidenten Grafen Bodo zu Eulenburg immer erwiderte: er könne mich nicht entbehren. In meiner hervorragenden Stellung als Informator des Herrn Präsidenten über alle den Hof, die Parlamente und das politische Leben umfassende Angelegenheiten hatte ich gar keine Gelegenheit, mich mit niedrigen Anzeigen irgend welcher Art zu befassen.“ Herr Normann-Schumann will seiner Vergangenheit als tüchtlicher Informator des Polizeipräsidenten v. Richtigshoffen über alle den Hof und die Parlamente umfassenden Angelegenheiten — das ist in der That eine schöne Illustration für den die Geheimnisse bewilligenden Landtag! Und diese Thatsache bildet eine handbrechende Erklärung zu dem Kampf des edlen Spikels gegen den „neuen Kurs“ und zu den Majestätsbeleidigungs-Artikeln in der „Saale-Zeitung“, im „Memorial Diplomatique“ u. s. w. Mit dem Jahre 1893, als er angeblich um seine Entlassung von der Polizei eingekommen war, habe er „seine fröndliche Persönlichkeit überhaupt abgeschlossen.“

Auch die Subvention des Staatsministers Bötticher auf dem Weisensonds hat Herr Schumann in Wien an die Deffentlichkeit gebracht, und als später — 1891 — von Zürich aus die Veröffentlichung der Weisensondsuntersuchungen angeklagt wurde, ging Herr Schumann „auf Befehl des Herrn v. Richtigshoffen und auf Anregung des Herrn Caprivi“ nach Zürich, langirte durch das Präsidium in die „Kreuz-Zeitung“, das „Volk“ und andere Zeitungen Artikel, in denen diese Untersuchungen als Fälschungen hingestellt und vor deren Anlauf gewarnt wurde. Er ist denn auch „vom Präsidenten belobt und (was ihm jedenfalls lieber war) mit einer größeren Remuneration bedacht worden.“ Am Schlusse seiner Demunziationsschrift bringt Herr Schumann noch einen Rath, worin er sich unter Berufung auf Herrn Pankl gegen die Antisemiten, besonders Herrn Lieberman von Sonnenberg

an Fall erfolgen soll. Nachdem die Antragsteller ihre Anträge eingehend begründet hatten, erklärte der Justizminister, der Erlaß einer Amnestie sei unzulässig, weil die Gründe für die Verurteilung bei den einzelnen Personen sehr verschiedene waren, und weil bei Erlaß einer Amnestie neue Feststellungen gerade in jenen Gebieten befürchtet werden müßten, welche man jetzt von dem Unwesen des Habersfeldtreibens befreit habe. Dagegen erklärte sich der Minister bereit, jedes berechtigete Begnadigungsgesuch zur Würdigung zu empfehlen. Im Laufe der Debatte wurde nach dem Wollischen Bureau von allen Seiten eingeklärt, daß die Bewohner der in Frage kommenden Gegenden durchweg sehr erfreut seien, daß dem Habersfeldtreiben ein Ende bereitet wurde und daß der von den Habern ausgeübte Terrorismus verschwunden sei. Die Debatte über die Anträge wurde sodann auf Freitag verlagert.

Stuttgart, 23. November. (Sig. Ver.) Der württembergische Landtag ist heute Nachmittag 3 Uhr wieder eröffnet worden. Die erste Sitzung war der Erledigung von fünf Petitionen gewidmet, von welchen unser Genosse Klop zwei als Berichterstatter zu vertreten hatte. Die Petition des bekannten Jernhansschillings Wilhelm Kühle, dessen Schicksal sich in letzter Zeit wesentlich geändert hat und dessen frühere Petitionen an den Landtag einfach als Produkte eines Verirrten angesehen wurden, fand diesmal willigere Ohren. Der Landtag verwies den Petenten auf die Erschöpfung des Rechtsweges durch die Beantragung der Wiederaufnahme der früheren Verfahren gegen ihn. Die Petition der bürgerlichen Kollegien der Stadt Stuttgart um die Gewährung von vier Landtags-Abgeordneten für Stuttgart bei der bevorstehenden Verfassungsrevision wurde der Verfassungscommission überwiesen. — Aus einem in dieser Sitzung gehaltenen Vortrag geht hervor, daß der Staat für einen Schüler pro Jahr ausbelegt: Unversität 844 M., Technische Hochschule 448 M., landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim 1375 M., Thierarzneischule 593 M., Bergwerksschule 344 M., Kunstgewerbeschule 448 M. und Landesschule 1945 M.

Aus Baden, 23. November. (Sig. Ver.) Die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten hat sich gestern Abend in einer ersten Fraktionssitzung in Karlsruhe konstituiert. Zum Vorsitzenden ist Abg. Dreesbach, zum Schriftführer Abg. Gerd gewählt worden. In einer vertraulichen Sitzung der Fraktion wurde ein provisorisches Präsidium mit dem Alterspräsidenten Flügel als Vorsitzenden gebildet. — Die Bremser und die Oberkassierer der bismarckschen Staats-Eisenbahnen wenden sich in zwei getrennten Petitionen an den Landtag und bitten um dessen Intervention zur Erreichung besserer Dienst- und Gehaltsverhältnisse. Die Bremser verlangen vor allem die etwa jährliche Anstellung mit Pensionberechtigung, die Oberkassierer Gleichstellung im Gehalt mit den Zugführern, deren verantwortungsvollen Dienst sie ebenfalls versehen müssen, und zwar als Personen wie als Bühnensänger. — Die Zentrumspresse schlägt täglich einen bescheidenen Ton gegen die national-liberale Fraktion des Landtags und die Regierung an. Als Gegenleistung für ein manierliches Verhalten fordert besonders der „Wohlfahrter“, das Organ des unbestrittenen Zentrumsführers Wacker, eine besondere Berücksichtigung der katholischen Forderungen; das gleiche Blatt bezeichnet sogar eine besondere Berücksichtigung der katholischen Forderungen durch den Landtag als einen „natürlichen Schluss aus dem Wahlergebnis“. Da das Zentrum auch nicht einen Sitz durch die Wahlen gewonnen, so muß einem die mathematische Unverkennbarkeit, mit welcher Herr Wacker seinen „Schluß“ zieht, eine gewisse Bewunderung abringen.

Stuttgart i. G., 23. November. (Sig. Ver.) Die widersinnige Dok. welche von unseren berufenen Germanisten auf französische In- und Ausstellungen veranlaßt wird, hat der oppositionellen Presse des Landes Veranlassung gegeben, einmal näher zuzusehen, ob die Geschäftspraktiken der hiesigen großen Kaiserlichen Tabakmanufaktur der Probe aus urzeitlicher Feinung mit gutem Gewissen sich unterziehen können. Dabei hat sich herausgestellt, daß die beliebteste und im Lande am meisten konsumierte Zigarre der Manufaktur den staatsgefährlichen Namen „Estranger“ trägt, während man einer vielbelegten Zigarrensorte auf der Verpackung die Bezeichnung „Elegantes Supérieures“ mit auf den Weg gab. Es besteht natürlich kein Zweifel darüber, daß nicht etwa die Sympathie für unsern westlichen Nachbarn, sondern lediglich schwerwiegende geschäftliche Gründe die Direktion der Kaiserlichen Tabakmanufaktur dazu veranlaßt haben, ihre Produkte durch eine Konzeption an gewisse Stimmungen im Lande für den Volksgeschmack etwas genießbarer zu machen. Immerhin wäre es aber für unsere Regierung ein Zeichen wahrer staatsmännlicher Befähigung, wenn sie sich dazu entschließen könnte, die Befolgung derartiger geschäftlicher Praktiken, wie wir sie in obigen bei einem fiskalischen Institut sehen, daß sich ein Kaiserliches nennt, auch dem privaten Geschäftsmann zuzugestehen.

Wien, 24. Novbr. Abgeordnetenhause. Nach sechs namentlichen Abstimmungen beantragt der jugoslawische Abgeordnete Du, daß von den zahlreichen gleichlautenden Petitionen gegen die Sprachverordnungen eine verlesen und dem stenographischen Protokoll beigegeben werde. Als hierüber ohne Debatte ab-

gestimmt werden soll, protestirt die Linke unter großem Lärm und bezeichnet den Antrag als eine Vergewaltigung und neue Gesetzwidrigkeit. Erregte Zwischenrufe und großer Lärm im ganzen Hause. Zahlreiche Abgeordnete eilen zum Präsidium, wo sich ein heftiges Drängen und Stoßen entwickelt. Der Präsident unterbricht die Sitzung und verläßt den Saal. Während der Unterbrechung spielen sich unbeschreibliche Szenen ab. Der Abg. Wolf nimmt die Glocke vom Tisch des Präsidiums und schwingt sie. Abg. Patoczel entreißt Wolf die Glocke. Stürmische Entrüstungsbrufe auf beiden Seiten des Saales. Pöblich eilen zahlreiche jugoslawische und polnische Abgeordnete auf die Präsidenten-Tribüne zu, umringen Wolf und wollen ihn von der Tribüne herabstoßen. Von der anderen Seite drängen zahlreiche Abgeordnete der Linken dagegen. Wolf wird von Junggeheuten geschlagen, worauf sich auf der Tribüne ein Handgemenge entwickelt, welches länger als eine Viertelstunde dauert. Abg. Schönerer ergreift einen Minister-Gauleit und hält denselben in die Höhe, um ihn gegen die Gegner zu werfen. Abg. Hagenhofer ergreift Schönerer, welchem der Gauleit entrisen wird. Im ganzen Saale herrscht ein sächterlicher Lärm und große Erregung. Auf der Gallerie ertönen Pfui-Rufe; der Präsident erscheint schließlich wieder im Saale und nimmt die Sitzung wieder auf. Da aber der Lärm fortbauer, schließt er die Sitzung. Der Termin der nächsten Sitzung wird den Abgeordneten schriftlich mitgeteilt werden. Der Abgeordnete Pfersch, welcher im Gedränge getrieth, zog das Taschenmesser, welches ihm jedoch von Parteigenossen entrisen wurde, ehe er es geöffnet hatte.

Wien, 24. November. Abgeordnetenhause. Abg. Groß verlangt, es möge in das amtliche Protokoll aufgenommen werden, daß der Präsident durch die Unterbrechung der letzten Sitzung die Geschäftsordnung und durch die Feststellung der Tagesordnung der heutigen Sitzung mit dem Ausgleichsprotokoll als ersten Gegenstand derselben die Verlesung verweigert habe. Er verlangt darüber eine Reihe von Abstimmungen. Präsident v. Abrahamowicz erklärt, es sei das Recht des Präsidenten, die Sitzung zu eröffnen, zu schließen und zu unterbrechen; diese Anschauung habe zuerst Präsident Rechbauer geäußert und seine Nachfolger hätten daran festgehalten. Bezüglich der Tagesordnung verweist der Präsident auf den Wortlaut der Geschäftsordnung und hebt hervor, die Linke habe selbst die rechtzeitige Verhandlung der eigenen Anträge bezüglich der Ministeranträge verhindert, indem sie 84 namentliche Abstimmungen provoziert hätte. Es beginnt nunmehr die beantragten namentlichen Abstimmungen. Die Sitzung dauert fort.

Wien, 24. November. In Abgeordnetentagen spricht man von der angeblich bevorstehenden Verhaftung der Abgeordneten Schönerer, Wolf und Pfersch unter der Beschuldigung des Verbrechens öffentlicher Gewaltthätigkeit. — Zur Erklärung des Verhaltens des Abgeordneten Pfersch wird in Abgeordnetentagen erzählt, der Pole Patoczel habe sich auf Pfersch gefürzt und ihn demüthig gewürgt, daß er fast ohnmächtig wurde. In der Nacht habe Pfersch sein Federmesser gezogen und nach Patoczel gestochen.

Wien, 24. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Infolge der heutigen Kauferei im Parlamente beschloß das Exekutivkomitee der Parteien der Rechten, dem Präsidium Justizsoldaten (die in Gefängnissen Verwendung finden) als Ehrenwache beizugeben. Morgen findet wieder Sitzung statt.

— Die Wahlergebnisse in Romano (Kalizien). Nach mehrtlägiger Berathung wurde am 22. November im Prozeß gegen 72 Wähler aus Romano wegen der Wahlergebnisse bei der Wahlämmerwahl für die fünfte Kurie das Urtheil verkündet. 59 Angeklagte wurden schuldig gesprochen und 8 Angeklagte zu 3 Jahren, mehrere zu 2 Jahren und 2 Jahren bis zu 4 Monaten schweren Kerker verurtheilt; nur 5 Angeklagte wurden freigesprochen. Da der Staatsanwalt noch im Laufe der Verhandlung gegen 8 Angeklagte wegen der Anklage zurückgetreten ist, so sind im ganzen 13 Angeklagte freigesprochen worden. Die Strafen betragen in diesem Prozeß 60 Jahre 11 Monate.

Budapest, 24. November. Abgeordnetenhause. In der heutigen formellen Sitzung brachte der Ackerbau-Minister einen Gesetzentwurf ein betreffend die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und landwirtschaftlichen Arbeitern. Bezüglich dieser Vorlage wurde dringende Berathung beschloffen.

Schweiz.
Zürich, 23. November. (Sig. Ver.) Der Kampf um das Eisenbahn-Gesetz wird nun von beiden Parteien, den Freunden wie den Gegnern, mit größerer Lebhaftigkeit geführt, trotzdem die Referendumfrist bis Mitte Januar läuft. Die Gegner geben sich alle Mühe, zahlreiche Unterschriftenbogen in das Volk zu bringen und möglichst viele Unterschriften zu gewinnen. Die Freunde der Verstaatlichung, welche den größten Theil der Presse für sich haben, raten von der Unterzeichnung der Referendumsbogen ab und beschließen in ihren Versammlungen Kundgebungen, an denen ruhig entgegensehen können — da ich, was Sch. schreibt, nirgendwo entgegensehen können, habe ich eine Erklärung in Gegenwart meines Verlegers Herrn Döbel abgegeben, mit diesem überhaupt nie ein Wort über die Gbmeyer-Anglegenheit gesprochen. Niemals habe ich Denunziationen gegen irgend welche hochstehende Personen eingereicht und was meine angeblichen Besuche in der Artillerie-Kasernen betrifft, so weiß ich gar nicht, wo diese Strafe sich befindet.

2. Es ist eine unerhörte schändliche Verleumdung, wenn Schumann behauptet, ich hätte seit 1887 mit Herrn v. Tausch in einem steten Verkehr und zwar derortig gestanden, daß ich denselben Mittheilungen über hiesige Redaktionen, Schriftsteller u. g. gemacht hätte und dafür entlohnt worden wäre. Diese Verleumdung ist um so niederträchtiger, als Schumann ganz genau weiß, daß ich mit Herrn v. Tausch, den ich im Gerichtslande zum ersten Mal im Leben sah, weder schriftlich noch mündlich, noch etwa durch Schumann verkehrte und daß ich denselben nur von Hörensagen kannte. Ich zweifle nicht, daß Herr v. Tausch mir das Obige voll und ganz bekämpfen wird.

3. Es ist unwahr, daß ich die 100 Mark, von denen Schumann spricht, als Reise-Unterstützung nach Paris erhalten habe. Ich bat Schumann, als ich stellunglos war, mir den bezüglichen Wechsel irgendwo diskontiren zu lassen, was er, nachdem ich ihm wiederholt das Verprechen geben mußte, ihn pünktlich einzulösen, that, worauf mir der Betrag von einem Herrn Kalmus, als ich schon längst in Paris war, dahin zugesandt wurde. Daß Schumann dies nicht veranlaßt hätte, wenn ich ihn als Korrespondenten der „Saale-Zeitung“ denuntziert hätte, liegt auf der Hand. Den Wechsel habe ich bei meiner Rückkehr pünktlich und persönlich bei Herrn Kalmus in dessen Wohnung, kurze Strafe, eingelöst. Es ist eine ebenso freche wie lächerliche Behauptung des Schumann, daß diese Einlösung seitens des Polizeipräsidiums geschehen sei. Daß ich mit diesem Präsidium, ebenso wenig wie mit einem Organ desselben, in derartigen Spittel-Angelegenheiten niemals etwas zu thun hatte, muß mir an dieser Stelle gewiß bezeugt werden.

Sie haben nun 20 Jahre in Berlin, liegt mein Leben klar vor allen, die mit mir verkehren. Gölte ich eine Abnung gehabt, wer und was Herr Schumann ist, so wäre er allerdings nicht Korrespondent der „Saale-Zeitung“ geworden.

Indem ich noch bemerke, daß ich seit 1888 nicht mehr Redakteur des „Berliner Lokal-Anzeiger“ bin, ersuche ich Sie um Aufnahme dieses Schreibens, da mir zunächst kein anderer Weg offen steht, mich gegen die unerhörten Verleumdungen des Sch. zu verwehren.

Dochachtungsvoll
Fris Brentano.

sich auch die der Verstaatlichung im Prinzip sonst nicht geneigten Clerikalen und die Eisenbahner betheiligen.

Frankreich.
— Die Dreyfus-Anglegenheit. Oberst Picquart trifft am Freitag in Paris ein. Es wird allgemein die Uebersetzung ausgesprochen, daß die Aussagen Picquart's eine entscheidende Wendung in der Dreyfus-Affäre herbeiführen werden. Der „Figaro“ hofft, daß die Vorgesetzten Picquart's nicht versuchen werden, denselben irgendeine Schweigen aufzuerlegen, da eine derartige Bemühung geradezu verbrecherisch wäre. Die „Libre Parole“ greift heftig die Kriegsverwaltung an, weil sie Matthieu Dreyfus erlaube, in nächster Nähe von Belfort auf einer Anhöhe beim Fort Belleue eine Villa zu bauen.

„Intranseigent“ meldet, daß ein Abgeordneter neue und vollständige Dokumente betreffs der Dreyfus-Affäre besitzt, und daß er in einer der nächsten Kammerfraktionen darüber näheres bekannt geben werde. Diese Dokumente rühren von der in der Affäre Dreyfus-Esterhazy eine Rolle spielenden verheirateten Dame.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet: Der Kriegsminister Villot begab sich gestern Nachmittag zum Präsidenten der Republik. In politischen Kreisen wird dieser Besuch lebhaft kommentirt. Die einen wollen darin ein Anzeichen der bevorstehenden Demission des Kriegsministers erblicken, die anderen glauben, daß der Besuch nur den Zweck gehabt habe, dem Präsidenten persönlich über den Stand der Dreyfus-Anglegenheit Bericht zu erstatten.

Spanien.
Madrid, 23. November. Der Ministerrat beschloß den Verkauf von neuen Artillerie-Kanonen und nahm einstimmig und in vollem Umfange den Gesetzentwurf an betreffend die Autonomie Kubas einschließlich der Zollreform.

Madrid, 24. November. Ministerpräsident Sagasta erklärte den zu ihm gekommenen katalonischen Delegirten, die Regierung könne ihr Programm bezüglich der Autonomie Kubas nicht ändern. Er glaube jedoch, daß die katalonische Nationalversammlung den wechselseitigen Interessen in den Handelsbeziehungen Rechnung tragen werde. Auch die Handelskammern von Bilbao und Santander haben Sagasta in einem Telegramm um weitgehenden Schutz der spanischen Erzeugnisse auf Kubas gebeten.

Barcelona, 23. November. Ueber die Aeußerungen, die General Weyler gestern an seine Anhänger richtete, wird gemeldet: Weyler erklärte, daß seine Freunde seine Aeußerungen aus Kuba bebauern, sodann tadelte er die den Aufständischen günstig gestimmten Madrider Blätter; die Soldaten sahen auf dieselben mit Verdacht, gleichwie auf die Freibeuter herab. Die von ihm durchgeführte Zusammenziehung der kubanischen Landbewohner in den Städten richtete er damit, daß sie sonst dem Feinde als Hilfssoldaten dienen. Die Autonomie werde für die spanische Industrie verhängnisvoll sein. In seiner Erwiderung auf die Glückwünsche der Industriellen erklärte Weyler, er sei ein Schicksalsdrücker. — Die Bevölkerung von Barcelona verhält sich ruhig, beinahe gleichgiltig, trotz der schamlos demagogischen Reden Weyler's, der, freilich vergesslich, mit einem Hoch auf die Arbeiter das Proletariat zu harangirten suchte.

Havana, 24. November. Die kufständischen haben Santa Maria in der Nähe der Hauptstadt angegriffen. Demnachst werden in der Provinz große Operationen begonnen werden.

— Die Friedensbedingungen der kufständischen auf den Philippinen. Der Führer der philippinischen Aufständischen Aguinaldo, welcher dem spanischen Gouvernement seine Unterwerfung angeboten hat, stellt hierfür jedoch folgende Bedingungen: 1. Vollständige Amnestie für alle am Aufstande betheiligten Eingeborenen und Freilassung aller Gefangenen; 2. Zahlung einer Geldsumme von je 10 000 Franken an Aguinaldo und acht seiner Unterführer; 3. Aufhebung aller Ordensniederlassungen im Inneren des Inselreichs; 4. Ueberlassung der Hälfte aller Beamtenstellen an Eingeborene. — Diese Bedingungen werden zwar in ihrer Gesamtheit seitens der spanischen Regierung als unannehmbare bezeichnet; angehängt der finanziellen Unmöglichkeit jedoch, den Krieg fortzuführen, dürfte die Regierung wohl die Forderungen mit einigen kleineren Abstrichen bewilligen.

Rumänien.
Bukarest, 23. Nov. Das Parlament ist zum 27. d. M. zu einer ordentlichen Session einberufen worden.

Türkei.
Konstantinopel, 23. November. Das österreichische Mitglied der Grenzschlichtungskommission Oberstleutnant Diel und das deutsche Mitglied Hauptmann Morgen sind hieher zurückgekehrt. Die übrigen europäischen Mitglieder kehren über Demofos zurück. Die Grenze ist bis Genuha regulirt. Etwa zwei Drittel der Arbeit sind somit beendet; die Fortsetzung der Arbeiten erfolgt im Frühjahre.

Äfrika.
— Die Mentelei in Britisch-Ostafrika. „Mente's Bureau“ erzählt, die jüngste Mentelei sudanesischer Truppen werde in unterrichteten Kreisen als sehr ernst angesehen. Man ist der Meinung, daß die persönliche Freundschaft der Sudanesen gegen Macdonald, der vor Jahren als Administrator von Uganda einen Aufstand der Sudanesen mit Härte niederschlug, einen ausreichenden Grund für die gegenwärtige Revolte abgibt. Die Meinungen gehen darüber auseinander, ob die sudanesischen Truppen in Uganda und die nubianischen Waganda's sich dem Aufstande anschließen werden; sollte dies geschehen, so würde die Lage sehr ernst werden.

Eine weitere Meldung des Bureau Mente aus Sansibar vom heutigen Tage besagt: Nach den letzten, authentischen Nachrichten ist in Uganda alles ruhig; die Garnison lieferte die Waffen aus. Major Macdonald hat die sudanesischen Aufständischen, welche sich in das Fort Lubas geflüchtet hatten, mit Hilfe einer großen Streitmacht der Waganda's eingeschlossen; man glaubt, die Uebergabe sei sicher.

Amerika.
Georgetown (Britisch-Guyana), 23. Nov. Eine große öffentliche Versammlung, die gestern unter Vorsitz des Gouverneurs hier abgehalten wurde, nahm einen Beschlus an, in dem gesagt wird, es sei eine Forderung der Gerechtigkeit für die Zucker produzierenden Kolonien, daß die Zuckerprämien abgeschafft oder entsprechende Zuckereinfuhrzölle eingeführt würden; die Reichregierung werde hoffentlich diese Kolonien vor weiteren schweren Schäden bewahren.

Partei-Nachrichten.

Das Wachstum unserer Partei in Anhalt wird vom „Volkblatt für Anhalt“ wie folgt angegeben. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen betrug bei den Reichstagswahlen im Jahre 1871: 1174, 1874: 8522, 1877: 5654, 1878: 412, 1881: 576, 1884: 922, 1887: 3448, 1890: 11 842, 1893: 17 864. Macht die Partei — schreibt das „Volkblatt“ — nächstes Jahr einen ebensolchen Sprung vorwärts wie in den drei Jahren von 1880 auf 1893, d. h. vermehrt sie ihre Zahl in der Hauptwahl für sie abgegebenen Stimmen nach 5 Jahren wiederum um ca. 6000 Stimmen, so ist ihr der Sieg in beiden Wahlkreisen sicher. In Anhalt II erzielten wir bei der Nachwahl im Jahre 1894 in der Stichwahl einen Zuwachs von 2420 Stimmen.

In Halle a. S. haben am Mittwoch die Stadtverordnetenwahlen der III. Abteilung nach dreitägiger Dauer ihr Ende erreicht. Die sozialdemokratische Partei hat keine Mandate errungen, wohl aber einen außerordentlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Im Jahre 1893 erzielten wir 1953, diesmal aber 3061 Stimmen. Die Gegner brachten 4082 Stimmen auf. In einem Bezirk war die Wahlbetheiligte außerst rege, es wählten dort 65 pCt. aller eingeschriebenen Wähler. Wahlvereinbarungen aller Art sind vorgekommen, was zu einem Protest Veranlassung geben dürfte.

In den kommenden Bürgerchaftswahlen in Gamburg haben die Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine daselbst

ausläßt und edelthatliche Erklärungen Paasch's veröffentlicht, voll der gravisendsten Anschuldigungen, doch interessieren uns diese nicht. Die Denunziation gegen die Herren v. Marschall und Damann hat die Staatsanwaltschaft bereits unterm 27. Oktober zurückgewiesen, da sie ihr zu weiteren keine Veranlassung bietet. Der Denunziation gegen Sibel wurde durch eine Reihe von Zeugenvernehmungen Folge geleistet — mit welchem Erfolge, wird sich zeigen.

Für gewisse schon im Prozeß v. Tausch in ganz besondere Verleumdung getrückte Zustände in der politischen Polizei bleibt die Episode Schumann aber charakteristisch. Und man geht vielleicht nicht fehl, wenn man sie nicht als abgeschlossen betrachtet, die Denunziationsschriften waren vielleicht nur Maskirungsarten!

Herr Fris Brentano, Mitarbeiter, nicht Redakteur des „Lokal-Anzeiger“, sendet uns nachstehend eine Verichtigung, die wir ganz genau zu lesen bitten. Ein Fehler hat aus Schumann einen Petermann gemacht; S. 22/23 theilt Schumann mehrere an ihn gerichtete Briefe Brentano's mit, worin die gestern mitgetheilte Thatsache erzählt worden. Auf irrthümlicher Auffassung beruht es, daß das Geänderte in Gegenwart Döbel's angeführt worden sei, Schumann behauptet: es sei im Restaurationszimmer der „Goldenen Regel“ an einem Stammtisch abgefaßt und von Brentano ge- und unterschrieben worden. Auch behauptet Schumann nirgends, daß Brentano an Major Gbmeyer seinen Namen verleihe, nur die von Brentano selber zugegebene Thatsache, er habe an das Auswärtige Amt berichtet, man solle den Verfasser unter den Agenten der politischen Polizei suchen. Das Schreiben des Herrn Brentano lautet:

Normann-Schumann hat mir wiederholt erklärt, daß er, um einen Gegner zu vernichten, kein Mittel, auch das schlechteste nicht, scheuen würde. Daß er aber zu solch ungeheuerlichen Lügen und Verleumdungen, wie er sie mir gegenüber gebrauchte, greifen könne, habe ich allerdings nicht für möglich gehalten. Ich übergebe noch heute die Sache der Staatsanwaltschaft, die ja feststellen wird, ob die Mittheilungen des Schumann über mich wahr sind oder nicht. Nur die verbrecherische Nachsicht kann derlei Dinge erfinden und es ist sehr bedauerlich, daß sie so ohne weiteres veröffentlicht werden. Ich will mich so kurz wie möglich fassen und erkläre:

1. Alles was Sch. über die Nennung seines Namens gegenüber dem Herrn Hauptmann Gbmeyer schreibt, ist erlogen. Ich habe seinen Namen nie genannt, es war nie von Schulden meinerseits die Rede, ich habe nie einen Brief an einen Herrn Petermann geschrieben, worin ich sagte, man habe mich „mit Enthüllung meiner Vergangenheit“ gedroht — einer Enthüllung, der ich hätte

von einer Kommission den Entwurf eines Programms ausarbeiten lassen, das noch einer kombinierten Versammlung der Mitglieder der drei Vereine vorgelegt werden wird. Das Programm beginnt mit der Erklärung, daß die Sozialdemokratie in Hamburg auf dem Boden des Programms der deutschen Sozialdemokratie steht, und dann werden eine Reihe, speziell die hamburgischen Verhältnisse betreffende Forderungen gestellt.

Die Redaktion des Volksblatts für Hessen in Kassel wird am 1. Dezember von dem Parteigenossen Karl Thiel, bisher Redakteur des Volksblatts für Harburg, übernommen.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für die Kreise Leipzig Stadt und Land hat, wie das Leipziger Tageblatt mitteilt, an die Saal inhaber ein Schriftstück verfaßt, worin es bis zum 30. November um Auskunft darüber ersucht, ob der Saalinhaber bereit ist, seinen Saal dauernd oder nur während der Agitation für die Reichstagswahlen den Sozialdemokraten zur Verfügung zu stellen. Das Komitee macht in dem Schriftstück darauf aufmerksam, daß in früheren Jahren die Wirthe bereitwillig ihre Säle den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt und sich gegen Nachteile durch ein gemeinsames Gesuch an die Behörden, anlässlich der Abhaltung von Wahlversammlungen kein Militärverbot über die betreffenden Lokale zu verhängen, zu schätzen gesucht hätten.

Aus der Schweiz. Die Berner Arbeiter-Union beschloß wegen des Ausschlusses Moor's durch den Parteitag den Austritt aus der Partei und die Gründung einer eigenen „Partei“ des Kantons Bern.

Todensitte der Partei. In Nürnberg ist der Gastwirt Merk aus dem Leben geschieden. Er war seit vielen Jahren Mitglied des Wahlvereins und hat insbesondere unter dem Sozialistengesetz, allen Schilken zum Trotz, treu zur Partei gehalten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Ueber die Aufstellung von zwei Polizeiposten vor den Schaufenstern der Buchhandlung „**Volksstimme**“ in Magdeburg hatten wir schon berichtet. Die „Volksstimme“ theilt jetzt mit, daß die Bewachung fortgesetzt wird und daß die Beamten der Jugend die Besichtigung der Schriften und Bilder im Schaufenster verbieten; ein Beamter habe sogar Erwachsenen die Besichtigung untersagt. Ferner solle, wie ja vorauszusehen, der Militärposten über die Buchhandlung verhängt werden. Die Auslegung sozialistischer Druckwerke in vier Schaufenstern mag der Magdeburger Polizei ja sehr unangenehm sein, auf die Dauer wird sie es aber wohl müde werden, für die Buchhandlung unseres Bundesorgans durch Aufstellung von Schutzwachen die wirksamste Bekämpfung zu machen, die sich denken läßt. Wir gehen wohl kaum fehl, wenn wir annehmen, daß die Maßnahme der Magdeburger Polizei selbst den Gegnern unserer Partei nicht imponieren wird.

— Gegen den Redakteur Zoos vom „**Gothaischen Volksblatt**“ ist wegen Beleidigung der dortigen Staatsanwaltschaft ein Prozeß anhängig gemacht. Es handelt sich um einen in der Nr. 129 des genannten Blattes veröffentlichten Artikel, der die Ueberschrift trägt: „**Gleiches Recht für alle**“.

— Gegen den Redakteur des „**Proletariats**“ aus dem Untertoggen Franz Feldmann in Langensielau, ist Anklage wegen Beleidigung zweier Gendarmen erhoben. Der betreffende Artikel war dem bürgerlichen „Niederschles. Anzeiger“ entnommen, gegen welchen Blatt ebenfalls Strafantrag gestellt ist.

— Der verantwortliche Redakteur des „**Wählers**“ in Altenburg, G. Rahnt, hat am Sonnabend im Amtsgerichtsgesängnis daselbst eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Beleidigung des Redakteurs der „**Landeszeitung**“ auferlegt ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Schuhmacher! Da die Differenzen in der Schuhfabrik von Hessed und Schaffner in Otensen, Bahrenfelderstraße, noch nicht geregelt sind, werden die organisierten Kollegen ersucht, diese Fabrik aus strengster Strafe zu meiden. Die Sperre bleibt so lange bestehen, bis eine andere Mitteilung erfolgt. Der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher, Filiale Otensen. — Am 20. November haben die Maschinen- und Handwerker der Firma B. Götze u. S. Fischer in Großsch, 31 Mann, die Arbeit eingestellt. Nun haben auch die übrigen 193 Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht, die, wenn nicht inzwischen eine Einigung erzielt wird, nach Ablauf der Kündigungsfrist ebenfalls aufrufen werden. Die Kollegen allerorts werden gebeten, von der Bewegung Politik zu nehmen. Alle Mitteilungen z. wolle man an Rob. Pauli, Altes Schützenhaus, Großsch, gelangen lassen.

Au die in der Leder- und Galanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Unterzeichneten sind in der letzten Branchen-Versammlung mit der Agitation innerhalb der Branche beauftragt worden. Ihr werdet hierdurch angefordert, unverzüglich Vertretungs-Sitzungen einzuberufen, um eine Vertrauensperson zu wählen. Die Adressen dieser dort gewählten Vertretungsdelegierten sind unverzüglich zu melden an: G. Düst, Weigerstraße 55, III, oder H. Heinschold, Doppelstraße 34.

Die Unterstellung der Handlungsgehilfen unter das Gewerbegericht beschäftigte am Dienstag eine gutbesuchte Versammlung des Vereins deutscher Kaufleute, der auch der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Kaffor von Schulz, beiwohnte. Privatdozent Dr. Zastrow referierte, er sprach sich für die Unterstellung aus. Die Versammlung nahm schließlich nachstehende Resolution an: „Die Versammlung spricht ihre lebhaftesten Bedauern aus, daß die Verhältnisse der Berliner Kaufmannschaft in ihrem Gutachten an den Handelsminister sich gegen die Ausdehnung der Gewerbegerichts auf die Kaufleute ausgesprochen haben. Die Versammlung kann dieses Gutachten nicht als im Einklang stehend mit den Wünschen im Kaufmannstande ansehen und erklärt, daß nur die Ausdehnung der Gewerbegerichts, unter Einrichtung besonderer Kammern, auf die Kaufleute geeignet ist, große Mängel im Beruf zu beseitigen.“

Au die englischen Maschinenbauer sind vom Nizdorfer Gewerkschaftsrat teilhaftig gemacht 50. — M. Textilarbeiter Ueberblick vom Vergnügen 6.20 M. Möbelpolier bei Laborenz 7.50 M. Der Vertrauensmann der Gewerkschaften Nizdorfs.

Deutsches Reich.

Zum Metallarbeiterstreik in Zorgelew wird und geschrieben: Am Montag fand das Einigungsverfahren zur Beilegung des Streiks statt. Die Arbeitgeber legten ein Schriftstück vor, in dem sie verlangten: 1. daß die Arbeiter wieder aufgenommen werden können, wenn die Arbeiter sich durch ihre Unterschrift verpflichten, nicht mehr dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzugehören, auch nie denselben beizutreten, widrigenfalls der Arbeitgeber das Recht der sofortigen Entlassung hat und außerdem noch dem Arbeiter ein Strafgehalt von zehn Mark abzuziehen kann; 2. die Arbeiter werden je nach Bedarf eingestellt.

Von den streikenden Arbeitern wurde verlangt: 1. Die Arbeit wird aufgenommen, wenn die Arbeitgeber den § 152 der Gewerbeordnung anerkennen, der den Arbeitern Koalitionsfreiheit zusichert; 2. die den Arbeitern unzureichend abgezogenen Strafgebühren (2–8 M. wegen „Kontraktbruchs“) werden wiedererstattet; 3. die Arbeiter werden nach Möglichkeit wieder eingestellt, bevor andere nicht am Streik Betheiligte eingestellt werden.“

Eine Einigung war nicht möglich, da beide Parteien von dem ersten Punkt nicht prätraten. Es wurde beiderseits erklärt — von Seiten der Arbeitgeber ziemlich kleinlaut — daß man es auf eine Kraftprobe ankommen lassen will. — Der Schiedspruch ist noch nicht veröffentlicht.

Am Abend fand eine öffentliche Volksversammlung in Zorgelew statt, die energischen Protest gegen das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber einlegte.

Außständig sind nun, nachdem die Firma König hinzugekommen ist, 248 Mann. Der Streik steht gänzlich, da auch in den Kreisen der anderen Fabrikanten das unberechtigte Verlangen der Metallindustriellen verurteilt wird. Bemerkenswert ist, daß in einer Fabrikanten-Versammlung in Pafewalk der Agent der Versicherungs-Gesellschaft „Industria“, Herr Dr. Wendland, dem anwesenden Zorgelewer Unternehmer sagte, daß in dem hier vorliegenden Streik die Gesellschaft eine Unterstützung nicht gewähren würde, da ja der § 152 der Gewerbe-Ordnung dem Arbeitgeber sowie dem Arbeiter das Recht giebt, sich zu organisieren.

In der Schuhfabrik von Priessag ist ein Streik ausgebrochen, an dem 28 Arbeiter theilhaftig sind. Eine öffentliche Schuhmacherverammlung, die am Dienstag Abend abgehalten wurde, erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. Die Agitationskommission soll im Verein mit den Werkstätten-Vertrauensmännern die Unterstützungsfrage regeln.

Die Aussperrung der Stettiner Maurer ist nach einer gegenseitigen Vereinbarung der Lohnkommission der Maurer mit einer Kommission des Arbeitgeber-Verbandes beendet. Das Hauptergebnis der Verhandlungen ist die gegenseitige Anerkennung der Organisation und daß in Zukunft Differenzen durch gegenseitige Ansprache erledigt werden sollen. Die Vereinbarung ist am Montag Abend von beiden Theilen unterschrieben worden.

Der Zentralvorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker hat zur Unterstützung der englischen Maschinenbauer die vierte Male in Höhe von 500 Pfund Sterling abgesandt.

Aussand.

Der Buchbinderstreik in Bern ist, wie der „Grätkauer“ mitgeteilt, jetzt vollständig beendet. Auf die neunständige Arbeitszeit wurde verzichtet. Den geforderten Minimallohn für Buchbinder, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen hat die Firma genehmigt; ebenso einen Zuschlag von 25 pCt. auf Ueberschichtarbeit.

Vom Präsidenten des dänischen Textilarbeiter-Verbandes wird uns mitgeteilt, daß der Streik in der Kopenhagener Plätschfabrik, den wir kürzlich meldeten, beendet ist. Die Arbeiter haben eine Lohnerhöhung von 4 bis 8 pCt. errungen. Für Alfordarbeiter ist ein Mindestverdienst von 14 Kronen die Woche festgesetzt worden. Der Lohn pro Stunde ist jetzt 30 Cere (33 Pf.).

Aus London geht uns von den Herren Kreipe und König, jenen zwei Genossen, die im Auftrage der englischen Maschinenbauer Deutschland bereisen, um die deutschen Arbeiter für deren Sache zu interessieren, folgendes Schreiben zu: „Nachdem wir wohlbehalten, ohne von der Polizei abgehoben worden zu sein, wieder nach England zurückgekehrt sind, fühlen wir uns gedrungen, allen Freunden und Genossen unseren besten Dank auszusprechen, für die freundliche Aufnahme, die uns überall geworden ist. Wir sind unumföhr erfreut und zu Danke verpflichtet, als wir wissen, daß große Interesse, das uns die deutsche Arbeiterschaft entgegen brachte, galt der großen Sache, für die wir thätig waren. Unser Dank gebührt auch besonders der deutschen Arbeiterpresse, welche sich bemüht hat, die deutsche Arbeiterschaft über den Verlauf des Kampfes auf dem Laufenden zu erhalten und die ihr möglichste dazu beigetragen hat, für uns zu agitieren und zu werben.“

Vor allem aber den deutschen Arbeitsbrüdern unseren Dank, die in so großzügiger Weise ihren Opfermuth gezeigt und bewiesen haben, daß die internationale Solidarität der Arbeiter für sie kein leeres Wort ist. Mögen sie auch ferner nicht erlahmen, denn noch ist durchaus nicht alle Gefahr vorüber.“

Soziales.

„Sozialistische Genossenschaften“ und ihre Schicksale werden in den Spalten der bürgerlichen Presse von Zeit zu Zeit als Fehlschläge unserer Zukunftspläne ausgelegt. Jetzt wird wiederum der Bericht des Fabrikinspektors für das Herzogthum Altemburg in der Presse zitiert, der behauptet, daß nach dem Streik der Steinwerkfabrik Arbeiter in Schmölde eine Genossenschaft gegründet wurde, die nachher mit ihren Arbeitern selbst in Differenzen gerieth. Natürlich ist das wieder ein missglücktes sozialistisches Unternehmen und so vergeht wohl kein Genossenschaftsversuch, der nicht auf unser Konto gesetzt wird. Die freisinnige Presse sollte bedenken, daß doch ihre Partei mehr als jede andere das Genossenschaftswesen als wirtschaftliches Heilmittel empfiehlt. Die sozialdemokratische Partei hat auf ihrem Parteitag in Berlin ausdrücklich vor solchen Gründungen gewarnt. Wenn solche Gründungen sich mit einem sozialistischen Anstrich versehen, dient dieser meist zu nichts anderem als zur Geschäftsreklame.

Die vielen Unglücksfälle, die so häufig dadurch entstehen, daß Eltern ihre kleineren Kinder in den Wohnungen allein zurücklassen, haben den Landrath des Kreises Weuthen zu folgender Verfügung veranlaßt: „Eltern und solche Personen, denen die Pflege und Beaufsichtigung von Kindern unter 12 Jahren obliegt, sind verpflichtet, beim Verlassen ihrer Wohnung, solchen Kinder in obengedachtem Alter daselbst ohne Aufsicht Erwachsener zurückzulaufen, dafür Sorge zu tragen, daß die Koch- und Heizöfen der Wohnung, in welchem Feuer brennt, gehörig geschlossen und Brenn- und Beleuchtungsmaterialien, insbesondere Streichhölzer, derartig verwahrt werden, daß sie den in der Wohnung zurückgelassenen Kindern unzugänglich sind. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden, abgesehen von einer etwa nach dem Reichs-Strafgesetzbuch verwirklichten härteren Strafe, mit Geldstrafe bis zu dem Betrage von dreißig Mark geahndet, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haftstrafe eintritt.“

Sitzgelegenheit für Lokomotivführer auf den sächsischen Staatsbahnen seit einiger Zeit eingeführt. Im „Dresdner Anzeiger“ wird nun darauf aufmerksam gemacht, daß die an sich nützliche Sitzgelegenheit die Neigung zum Schlaf begünstigt und somit da eine Gefahr zeitigt, wo man aus Humanitätsgründen eine Erleichterung im schweren Berufsleben schaffen wollte. Die Einführung von Sitzbänken reiche nicht hin, um der Ueberbürdung der Lokomotivführer vorzubeugen; dies könne nur dadurch geschehen, daß man die Dienstzeit nicht zu lang ausdehnt.

Ein hädtischer Arbeitsnachweis soll im Januar nächsten Jahres in Götta eröffnet werden.

Soziale Rechtspflege.

Der Landwirth Fehner hatte seinen Sohn beauftragt, die Kühe zu besichtigen. Der junge Mann begab sich darauf in den Stall. Um sich die Zeit zu vertreiben, schob er von hier aus mit dem Teschin nach einer auf dem Hofe angebrachten Scheibe. Seine Schwester, die ebenfalls in der Landwirthschaft des Vaters thätig ist, kam bei einem Gange über den Hof gerade in die Schulpne, als er wieder abdrückte. Sie wurde in den Kopf getroffen, so daß sie Monate lang im Krankenbause behandelt werden mußte. Das Mädchen erhob dann Anspruch auf eine Unfallrente, indem sie geltend machte, sie habe den Gang über den Hof im Interesse des landwirthschaftlichen Betriebes vorgenommen. Die Klägerin wurde aber in sämtlichen Instanzen abgewiesen. Das Reichs-Versicherungsammt führt zur Begründung seines Urtheils aus, daß Schießen mit dem Teschin gebore nicht zu den im landwirthschaftlichen Betriebe üblichen Thätigkeiten und hänge auch sonst nicht ursächlich mit dem Betriebe zusammen. Es lege somit ein Zufall des gewöhnlichen Lebens und kein Betriebsunfall vor.

Gerichts-Beilage.

Der christliche Staat und die christliche That des Ortsvorsprechers. Eine für die Kennzeichnung der Pöbel vom christlichen Staat überaus bedeutende Angelegenheit ist gestern im letzter Instanz vom Ober-Verwaltungsgericht erledigt worden.

Einem Landwirth W. aus der Umgegend von Danzig war die Ernte vollständig verhehelt, so daß er sich in der größten Noth befand. Er konnte sich nicht anders helfen als dadurch, daß er die Landwirthse der Gegend bat, ihm Saatforn und Futter für sein Vieh zu schenken. Zu diesem Zwecke ließ sich der bedauernswürthe Mann sowohl vom Ortsvorsteher wie auch vom Amtsvorsteher seine Noth schriftlich bestätigen. Der Ortsvorsteher, in dem das menschliche Empfinden noch nicht vom Bureaukratismus überwuchert sein mochte, und der vielleicht auch etwas vom praktischen Christenthum im modernen Staat hätte lauten hören, setzte der einfachen Mitteilung noch die Bitte hinzu, mittelbare Menschen möchten sich des W. erbarmen. Ein Gen dar m trat nun W. dabei, als er seinen Bittgang ausführte, und nahm ihm die erwähnten Briefe ab; der Landrath des Kreises verhängte darauf über den Gemeindevorsteher eine Ordnung s t r a f e von 9 M. und der Kreisaußschuß über den Amtsvorsteher H. eine solche von 20 Mark. H. klagte gegen die Disziplinarverfügung, indem er sein Verhalten mit dem Gen des W. rechtfertigte. Der Bezirksaußschuß setzte die Strafe auf 10 Mark herab und das Ober-Verwaltungsgericht wußte sie gestern in einen Verweis um. Präsident Perius führte an: Als Polizeiverwalter müßte Kläger dem strafbaren Vellein entgegenzutreten, er dürfe es also auf keinen Fall fördern, und deshalb hätte er jenes Kiteff nicht ausstellen dürfen, das zum Vellein gewißbraucht werden konnte. Unzweifelhaft habe er sich somit strafbar gemacht. Sein Verschulden sei indeß sehr milde zu beurtheilen und darum wäre nur auf einen Verweis zu erkennen.

Ein Akt weiblicher Ruchlosigkeit beschäftigte gestern das Schöffengericht am Amtsgericht H. Wegen unsittlicher Handlungen war der Kaufmann Fridolin Stäler aus Weichensee und wegen Körperverletzung dessen Ehefrau Anna geb. Fischer und die Ledemannsstell Margarethe Scharf angeklagt. In dem Geschäft der Stäler'schen Eheleute befand sich die 15jährige Anna W. als Lehrling. Der Ehe verfolgte dasselbe mehrere Monate lang mit thätlichen Beleidigungen unzünftiger Art, deren sich das Mädchen kaum erwehren konnte. Ganz zufällig bemerkte endlich einmal die Frau Stäler die galanten, wenn auch vergeblichen Bemühungen ihres Gatten, statt aber nun diesem ernste Vorhaltungen zu machen, beschloß sie in eifersüchtiger Wuth, sich an dem unehelichen Opfer zu rächen. Mit Hilfe der Ledemannsstell Scharf fiel sie am 7. Juli über das Bekümmern her und legte dasselbe über den Ledentisch. Während die Scharf das Opfer festhielt, wurde dieses von der Frau Stäler mittels eines Auslöppers nach allen Regeln der Kunst gestäubt. Diese That konnte nicht ohne Sühne bleiben. Die Anklage wurde erhoben und gestern gelang es dem Herrn Fridolin Stäler, seine Lage dadurch noch besonders zu verschlimmern, daß er mit der Behauptung hervortrat, daß das junge Lehrlingmädchen ihn zu verführen gesucht habe. Der Gerichtshof erblickte in dieser Behauptung lediglich eine Fortsetzung der Beschimpfungen, die er dem jungen Mädchen bereits vorher zugesagt hatte. Er wurde daher zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Seine Frau muß 100 Mark Geldstrafe zahlen und außerdem müssen beide Eheleute solidarisch 30 Mark Geldbuße an die Verletzte entrichten. Wüthend bekräftigte der Angeklagte Scharf, weil sich der Gerichtshof der Ansicht des Verteidigers, Rechtsanwalt Oskar Gabriel, angeschlossen, daß diese unter dem moralischen Zwange ihrer Prinzipalin gehandelt habe. Die Scharf kam daher mit 50 Mark Geldstrafe davon.

Ausweisung. Ein Arzt wurde vom zuständigen Regierungspräsidenten aus einer größeren Stadt der Provinz Sachsen ausgewiesen, weil er vor etwa 10 Jahren wegen Beihilfe zum Versuch der Fruchtabtreibung zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt worden war. Die Behörde stütze sich auf den § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842, wonach einem preußischen Unterthan der Aufenthalt an einem preußischen Orte verweigert werden kann, wenn er ein Sträfling ist, der zu Zuchthaus oder wegen Verbrechen, wodurch sich der Thäter als ein für die öffentliche Sicherheit und Moral gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt wurde. — Nachdem der Oberpräsident die Beschwerde des Arztes zurückgewiesen hatte, hob gestern das Ober-Verwaltungsgericht die Ausweisungsvorschrift mit folgender Begründung auf: Allerdings sei der Kläger jetzt nicht mehr als Sträfling anzusehen, indessen sei ausschlaggebend für die eventuelle Ausweisung auf grund des angezogenen Gesetzes, ob der Betreffende eine für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährliche Person sei. Als solche müsse Kläger jetzt noch gelten. Trotzdem habe die Ausweisung hier für unzulässig erklärt werden müssen. Das Gesetz von 1842 regelt nur die Ausnahme n e u a n z i e h e n d e r Personen, Kläger sei aber erst nach e i n j ä h r i g e m Aufenthalt in der Stadt ausgewiesen worden. Dies sei nicht statthaft.

Prozeß gegen die Garantiefondszeichner bei der Berliner Gewerbe-Ausstellung. In dem heute stattgehabten Termin gegen die Garantiefondszeichner der Gewerbe-Ausstellung ist ein Theil der Beklagten nach dem Antrage des Arbeitsaußschusses verurtheilt worden; für einen anderen Theil ist das Urtheil verlegt worden.

Unschuldig verurtheilt. Aus Hamburg wird uns vom 22. November berichtet: Heute sprach die Strafkammer I des Landgerichts den Arbeiter Karl Heinrich Thiel, den sie am 19. Mai d. J. auf die Anklage eines etwa achtjährigen Kindes wegen versuchten Sittverbrechens zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt hatte, im Wiederaufnahme-Verfahren kostenlos frei. Als Th. die gegen ihn erkannte Strafe schon verbüßt hatte, gestand ein Mensch, der wegen wiederholten Sittverbrechens abgeurtheilt wurde, freiwillig ein, daß er auch die That verübt habe, wegen deren Th. verurtheilt war. Th. hatte damals das ihm zur Last gelegte Verbrechen entschieden in Abrede gestellt, das Gericht hielt ihn jedoch durch die Angaben des Kindes für überführt. — In demselben Tage sprach das Schwurgericht einen Tischlergesellen von der Anklage des Meineides frei, der deswegen seit Anfang Juni d. J. in Untersuchungshaft gesessen hatte. Beide Opfer der Justiz hatten eine Familie resp. eine alte Mutter zu ernähren, die, während der Verfolger hinter den Gefängnismauern saß, darben mußten.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Falkenstein i. Vogtl., 24. November. (W. T. B.) Gestern Nachmittag kurz vor 4 Uhr wurde hier bei klarem Wetter ein lang andauernder Erdböhs und darauf ein kurzes Donnertollen bemerkt; nachts trat Schneefall ein.

Wien, 24. November. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Die Erklärung des Präsidenten, mit welcher derselbe die Sitzung schloß, lautete: „Angesichts der Gewaltthaten, die sich im Hause zugetragen haben, erachte ich es für meine Pflicht, die heutige Sitzung aufzuheben. Ich bitte diejenigen Herren, die mir die Angeordneten angeben können, welche sich der Gewaltthaten schuldig gemacht haben, in meinem Bureau zu erscheinen. Diese Erklärung gab der Präsident auf Wunsch mehrerer Abgeordneten ab, welche nach Unterbrechung der Sitzung in seinem Bureau erschienen waren und ihre Aussagen zu Protokoll gegeben hatten. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.“

Tarbes, 24. November. (W. T. B.) Bei dem bereits gemeldeten Eisenbahn-Unfall in Tournay wurden 10 Personen getödtet, viele verletzt.

London, 24. November. (W. T. B.) Die Konferenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern des Maschinenbau-Gewerbes, welche durch die Vermittlung des Handelsamtes zu Stande gekommen ist, wurde heute eröffnet. Die Verhandlungen werden sich wahrscheinlich in die Länge ziehen.

Bombay, 24. Novbr. (W. T. B.) Die Pest hat in Poona und Sural bisher nicht nachgelassen und ist jetzt auch in Wajum und in Ahmednagar ausgebrochen. Zwei Drittel der Bevölkerung des letzternähten Ortes sind geflüchtet. In Bombay wurden gestern 26 Erkrankungen und 10 Todesfälle festgestellt.

In den Stichwahlen!

Morgen, Freitag, den 26. November,

finden in der 3. Abtheilung des 32., 34., 38. und 40. Kommunal-Wahlbezirks die Stichwahlen zwischen den Kandidaten des antisemitisch-konservativ-liberalen Kartells und den Vertretern der Sozialdemokratie statt.

Gegenüber der Koalition der gegen uns vereinigten Gegner muß alles aufgegeben werden, um den Sieg an unsere Fahne zu heften, damit im Nothen Hause der Wille der arbeitenden Bevölkerung mit Nachdruck zur Geltung gebracht werden kann. Die Sozialdemokratie fordert gleiches Recht für Alle. Der im Rathhaus herrschende Freisinn dagegen führt die Kommunalwirtschaft wesentlich zum Vortheil der besitzenden Klasse und macht die städtische Verwaltung seinen politischen Interessen dienstbar.

Parteigenossen! Es ist eine Ehrenpflicht des 6. Reichstags-Wahlkreises, in dessen Herzen die vier Kommunal-Wahlbezirke liegen, dafür zu sorgen, daß in dieser Hochburg der Sozialdemokratie auch für das Rathhaus nur Sozialdemokraten gewählt werden.

Genossen! Die Partei erwartet, daß niemand seine Pflicht versäumt. Laßt Euch nicht von den Gegnern einschüchtern; fürchtet Euch nicht vor der öffentlichen Stimmabgabe. Bekennt Euch alleamt kühn und stolz als Sozialdemokraten, dann sind die Gegner bei so imposanter Kundgebung des Volkswillens machtlos und der Sieg ist uns sicher.

Vorwärts!

Unsere Kandidaten sind;

32. Wahlbezirk
Schneider Johannes Timm.

34. Wahlbezirk
Hutmacher H. Borgmann.

38. Wahlbezirk
Gastwirth Christian Hilgenfeld.

40. Wahlbezirk
Rechtsanwalt Wolfgang Heine.

Wahlberechtigt

Ist nach § 5 der Städte-Ordnung jeder selbständige Einwohner, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Berlin wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat, sowie mindestens zur zweiten Steuerstufe (600 bis 900 M. Einkommen) eingeschätzt ist, und sofern er in die Wählerliste eingetragen ist. Chambregarnisten sind selbständig und daher wahlberechtigt.

Wer seit dem 30. Juli (seit der Auslegung der Listen) verjogen ist, wählt in dem Bezirk, in welchem er vor diesem Termin gewohnt hat.

Die Wahl findet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends statt, und zwar zu jeder beliebigen Stunde während dieser Zeit.

Die Abgabe der Stimme nimmt nur wenige Minuten in Anspruch. Diejenigen Wähler, die es irgend möglich machen können, wollen bis Mittag 1 Uhr ihr Wahlrecht ausüben, damit der Andrang gegen Abend nicht zu stark ist.

Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche am Tage der Wahl mithelfen wollen, mögen sich in folgenden Lokalen früh 1/8 Uhr einfinden:

Brauerei Pfefferberg (Billardsaal), **Schönhäuser Allee**, für den **32. Bezirk**.

E. Dieke, Akerstr. 123, für den **34. Bezirk**.

Paul Jakob, Schwarzkopffstraße 11, für den **38. Bezirk**.

Johann Farr, Putschstr. 10, für den **40. Bezirk**.

Parteigenossen! Was am 8. November versäumt wurde, muß morgen, am **26. November**, nachgeholt werden. Es war bisher unser Stolz und trug wesentlich zu unseren Siegen bei, daß sich bei jeder Gelegenheit, wo die Partei rief, opferbereite Genossen in genügender Anzahl fanden. Wir erwarten, daß uns auch morgen genügend Kräfte zur Seite stehen, damit wir die Agitation in energischer Weise betreiben können. Von seiten der Gegner wird alles aufgegeben, um den Sieg zu erringen; — alle Interessent-Äliquen, alle abhängigen Leute, all die Macht, welche die städtischen Ämter verleihen, werden aufgegeben, um die Geldsackinteressen noch einmal zu wahren. Da ist es Ehrenpflicht der Genossen, mitzuwirken an dem Siege der Arbeiterklasse. Wer seine Rechte nicht wahr, hat keine Ursache sich zu beklagen, denn er ist mit schuld daran, daß seine Brüder unterliegen.

Darum:

Auf zur Stichwahl!

Kommunales.

In dem Stadtvorordneten-Ausschuß zur Vorberathung der Wahl des Stadtschulraths ging es am Montag Abend recht lebhaft zu. Der Cassel'sche Schulliberalismus hat auch auf diesem Gebiet den Sieg davon getragen. Bertram soll wiedergewählt werden — so will es der Freisinn, der sich vom Allen nicht trennen kann. Auf weitere 12 Jahre soll die Leitung des Berliner Volksschulwesens in den Händen des Mannes bleiben, der im Gegensatz zu vielen hervorragenden Schulmännern fast allen pädagogisch-hygienischen Forderungen der Neuzeit ablehnend gegenüber steht. Den Gründen des Stadtschulraths, der, auf die Stagnation des Berliner Gemeindefschulwesens hinweisend, die Ausschreibung der Stelle beantragte, wurde entgegengehalten, daß die Wiederwahl Bertram's aus Dankbarkeit erfolgen müsse, und daß jeder Versuch, eine neue, frische Kraft an die Stelle des 72jährigen Mannes zu setzen, als eine Beleidigung und Kränkung des verdienstvollen Geistes der Berliner Gemeindefschulen angesehen werden müsse. Vergebens bemühte sich die Minorität des Ausschusses, die Unhaltbarkeit dieser Ansicht darzulegen. Die Vertreter der sogenannten „Großen Linken“, unterstützt von den konservativ-nationalliberalen Anhängern des Herrn Chariteedirektors Spinola, überboten sich gegenseitig in glühenden Lobes- und Lobeserklärungen für Bertram, der nach diesen Herren der leuchtendste Stern am Lehrhimmel Deutschlands ist und dessen Nichtwiederwahl Berlin zur ewigen Schande gereichen würde. Gegenüber dieser Kommunalpolitik des dankbar sinnlichen Gemüths, gemischt mit dem Gefühl der Zufriedenheit darüber, daß wenigstens für einige Jahre noch die Pension gespart wird — denn daran dachte im Ausschuß kein Mensch, daß Herr Bertram, auch wenn er am Leben bleibt, noch zwölf Jahre im Dienst sein kann — traten die sachlichen Erwägungen völlig in den Hintergrund: „Wiederwahl sans phrase“ war die Parole und mit acht gegen fünf Stimmen wurde demgemäß beschloffen. Kein Zweifel, daß die Versammlung den Ausschußbeschlüssen sanktionirt, und so geht auch diese Gelegenheit vorüber, ohne daß es gelungen wird, das mit der Pension des Leiters alternde und der Greisenhaftigkeit verfallende Berliner Schulwesen auf die Höhe einer modernen, die Bedürfnisse der Technik und der ökonomischen Entwicklung begreifenden Pädagogik zu bringen. In den Berliner Gemeindefschulen wird so lange „fortgewurstelt“ werden, bis der Bevölkerung doch endlich einmal der Geduldsfaden reißt und mit der Freisinnswirtschaft im Nothen Hause gründlich aufgeräumt wird.

Die Neu-Einteilung der Gemeinde-Wahlbezirke, die die städtischen Behörden seinerzeit beschlossen hatten, war von Ober-Präsidenten zurecht nicht genehmigt worden, weil er zunächst die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts über die Frage abwarten wollte, ob die Theilung eines Kommunal-Wahlbezirks zur Erleichterung des Wahlarbeits in mehrere Abstimmungsbezirke gesetzlich zulässig sei. Ein derartiger Prozeß war wegen eines Wahlbezirks der Stadt Dortmund unabhängig gemacht worden. Da in diesem Falle aber inzwischen die Klage zurückgezogen und damit die Zulässigkeit der Abstimmungsbezirke wieder anerkannt worden ist, hat, wie hiesige Blätter melden, der Oberpräsident der von den Berliner Gemeindebehörden vorgeschlagenen Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke seine Genehmigung erteilt. Nach diesem Vorstöße soll die Zahl der Berliner Stadtvorordneten um achtzehn vermehrt werden. In einer der nächsten Sitzungen des Magistrats wird der Deputierte, Stadtrath Böhm, die Angelegenheit vortragen, damit der Magistrat die weiteren Maßnahmen, besonders die Art der Ausführung, berathen kann.

Ob der Magistrat sofort oder erst zu den nächsten Ergänzungswahlen die neue Bezirkseinteilung und dementsprechend die Wahlen vornehmen lassen wird, bleibt abzuwarten. Eigenthümlich ist der Zufall, daß die Hindernisse für die Entscheidung des Oberpräsidenten unmittelbar nach den Ergänzungswahlen in Berlin in Fortfall gekommen sind. Hätte die Genehmigung der Neueinteilung nur wenige Wochen früher erfolgen können, so würden die diesjährigen Ergänzungswahlen schon nach der neuen Ordnung stattgefunden haben.

Nun werden wir voranschrittlich wieder zwei Jahre warten müssen, ehe die ersten Schritte zur Beseitigung der durch die Ungleichheit der Wahlbezirke herbeigeführten Unzulänglichkeiten gethan werden können. In der Sorge um die Mandate hat der Rathhausfreisinn die Vermehrung der Stadtvorordneten beschlossen, damit der infolge der Neueinteilung der Wahlbezirke in der dritten Abtheilung durch Uebergang an die Sozialdemokratie entfallende Mandatsverlust, durch die Vermehrung der Sitze in der ersten und zweiten Abtheilung ausgeglichen wird. Magistrat und Stadtvorordneten-Majorität sind einig darüber, daß die privilegierten Geldsackwähler nach wie vor eine Zweidrittel-Majorität im Nothen Haus zu Berlin haben sollen. Das nennt man im freisinnigen Lager „gleiches Recht für Alle“. In diesem Punkt sind die „feindlichen Brüder“ übrigens ganz einig. Für Verewigung der Geldsackvorrechte stimmen die „alten“ so gut wie die „neue“ Linke und die Preisboxer im Streit um die Lehrergehälter — Preuss und Cassel — im Kampf für die Mandate und für die Erhaltung des Dreiklassen-Wahlsystems bei den Kommunalwahlen stehen sie Arm in Arm brüderlich vereint an der Seite der ostelbischen Junker, denen das allgemeine Wahlrecht ein Gräuel ist, und die, ganz wie der Richter-Nickert'sche Freisinn, nur in dem Dreiklassen-Wahlsystem für die Gemeinden den Ausdruck einer gerechten Weltordnung erblicken.

Lokales.

Zur Lokalliste. In Rixdorf ist das Lokal von Schwarz (früher Altoriale), Hermannstraße wieder frei. In Groß-Lichterfelde ist das Lokal von H. Löwendorf gesperrt. Der Vergnügungsclub „Arion“ veranstaltet am 26. Dezember 1897 (2 Weihnachtstagsfest) in Heinrich's Festsaal, Blücherstr. 61, ein Vergnügen, zu welchem versucht wird, in Arbeiterkreisen Biletts abzusetzen. Da das Lokal nicht frei ist, sei darauf besonders hingewiesen.

Die Lokalkommission. In dem 40. Kommunal-Wahlbezirk findet heute, am 25. November, abends 8 Uhr, in der Altknechtbrauerei Noabit, Thurmstr. 26, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt, in der außer dem Reichstags-Abgeordneten Jubelil auch der Kandidat des Bezirks Rechtsanwalt Wolfgang Heine sprechen wird.

Die Parteigenossen des dritten Kreises werden hiermit darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 28. November, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Cohn, Benthstr. 20-22, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der Genosse Paul Jahn einen Vortrag halten wird über das Thema: „Das Glück der Menschen und die soziale Frage“. Nach dem Vortrag findet gefelliges Beisammensein und Tanz statt. Entree 10 Pf., Garderobe 10 Pf. Regen Besuch erwartet.

Anfuhr und Rebellion im Lager des Freisinn. Sämtliche liberalen Nachtmühen wackeln und das hat mit ihrer Kaufkraft die Majorität im Nothen Hause gethan. Der Berliner Kommunalfreisinn huldigte dem schönen Vers: „Neb' immer Lehrerefreundschaft bis an das lähle Grab“ — Doch wenn die Sache Kosen macht, dann laß nur davon ab. Im Abgeordnetenhaus beim Lehrerefreundschaft-Gesetz über die ostelbische-junkerliche Fügigkeit gegen die Lehrer donnern, das klingt schön und kostet nichts. Wenn die Geschichte aber in Berlin

praktisch wird, dann reich's beim Freisinn nicht weiter als für ein das letzte ostelbische Dorf nur um 100 M. übersteigendes Grundgehalt von 1000 M. pro Jahr für die Lehrer.

Wo keine Anwendung von Mitteln in Frage kommt, hat der Freisinn die Lehrerefreundschaft in Erbpacht genommen, wenn's aber Geld kostet — dann glaubt die städtische Weisheit in Berlin, die „Sieger von Königgrätz“ können von diesem Rahmesittel satt werden. Die Lehrer aber verstoßen keinen Spieß und sagen mit einem deutlichen Hinweis auf die bevorstehenden Reichstagswahlen: Brennt die Liebe des Freisinn's für uns wirklich so heiß — so zahlt er für unsere Arbeit auch den entsprechenden Preis. Mit dem Beschluß der letzten Stadtvorordneten-Versammlung hat sich der Rathhaus-Freisinn in eine böse Patsche gebracht. Aber in Geldsachen hört — frei nach einem liberalen Minister — die Gemüthlichkeit auf und der Berliner Freisinn's-philister will nun einmal nicht mehr wie 100 pCt. Einkommensteuer zahlen. Im Abgeordnetenhaus die Theorie, im Rathhaus die Praxis — so schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe. Dort ein warmes Verz, hier zugedöpselte Tassen für die Lehrer. Dort löhrende Reden gegen die unzureichenden Gehaltsätze des Gesches — hier die ärgste Kauferei bei der Festsetzung des Grundgehalts, dort Spott und Kobn für Landtag und Regierung, die kein Geld für die Kulturaufgaben hat — hier in Berlin Versagung der Mittel für eine Kulturpflege ersten Ranges, für die auskömmliche Anfangsbesoldung der Lehrer.

Kurz, ein klaffender Widerspruch zwischen den Worten und den Handlungen des Freisinn's der Reichshauptstadt. Das läßt die Freisinnspresse auch heraus und beitt sich, die lieben Gefinnungsgenossen feierlichst zu desavouiren. Die leitenden Blätter der verschiedenen Richtungen des Liberalismus protestiren dagegen, für den Beschluß des Berliner Rathhaus-Freisinn's verantwortlich gemacht zu werden. Sie lehnen es ab, sich mit dem Liberalismus der Spandauerstraße zu identifiziren und lassen die Cassel und Konforten in der Tinte sitzen. Ein reizendes Bild. Die festeste Säule des Freisinn's, der Nährboden des Liberalismus, das Berliner Rathhaus wegen Verraths an der liberalen Sache von der freisinnigen Masse Richter'scher und Nickert'scher Observanz einmüthig bogelottet. In Acht und Bann gegen die Birchow, Langerbans und Gornes, weil sie unter dem Gewicht der goldenen Kette für den Berliner Wären mehr sparen wollen, als für den preussischen Adler. Lud all' das so kurz vor den Wahlen. Wahrhaftig, der Liberalismus hat Pech. Es gelingt ihm nichts mehr. Wenn der Freisinn am grünen Holze in Berlin so rollenwidrige Seitenprünge macht — was kann man dann erst von den Gefinnungsbrüdern in Posenmüdel zc. erwarten.

Wir wissen den Schmerz der Freisinnspresse zu würdigen — aber es ist echte und rechte Freisinn'sart — bei Geldsachen geht nicht nur die Gemüthlichkeit, sondern auch das Prinzip in die Brüche. So war es — so ist es und so wird es bleiben, so lange der Freisinn im Berliner Rathhaus regiert.

Die Leistungen des Berliner „Freisinn's“ für die Volksschule wurden am Dienstag in der Lehrerefreundschaft-Versammlung, die wegen des bekannten Stadtvorordneten-Beschlusses in Sachen der Lehrergehälter einberufen worden war, mit schonungsloser, aber wohlwollender Strenge gerichtet. Wir erblicken das Scharfe und geradezu Vernichtende der Kritik, die dort geübt wurde, nicht in den Ausführungen des Referenten und der Diskussionsredner, sondern in der Haltung und Stimmung der Versammelten. Die Veranstalter der Versammlung, wie diejenigen, die in ihr das Wort ergriffen, waren „Freisinnige“. Aber der Gesamteindruck, den die imposante Versammlung machte, war der, daß die Muth-Begeisterung der Berliner Volksschullehrer für den „Freisinn“ durch jenen Beschluß denn doch einen heftigeren Stoß als je zuvor erlitten hat. Die Herren Stadtvorordnete Preuss, der das Referat übernommen hatte, sowie Redakteur Volktrath, Stadtvorordnete Perls, Redakteur Böhl („Pädagog. Ztg.“) u. s. w. bemühten sich, den Schaden möglichst zu repariren, vor Verbitterung zu warnen und von den schwindenden Sympathien der Lehrer für den „Freisinn“ zu retten, was noch zu retten war. Einzelne Momente der Versammlung waren für die unter den Lehrern herrschende Stimmung äußerst charakteristisch. Als Herr Preuss erklärte, er bedauere als Liberaler in Verlegenheit kommen zu müssen, wenn die Gegner sagten: „Die Liberalen stellen liberale Forderungen, wo sie nicht zu sagen haben, und lassen sie unerfüllt, wo sie etwas zu sagen haben“, — da erschallte fürchterlicher, langanhaltender Beifall, der natürlich nicht den Worten des Herrn Preuss, sondern der von ihm geäußerten zutreffenden Keusezung der Gegner des „Liberalismus“ galt. Ein Hochgeächter unterbrach ihn bei den erst gemeinten Worten: „Die Stadtvorordneten-Versammlung ist doch in ihrer erdrückenden Mehrheit liberal.“ — Die von der Versammlung angenommene Resolution bezeichnete die Regelung der Lehrergehälter, wie sie jetzt erfolgen soll, als „eine den liberalen Prinzipien widersprechende Schädigung der Volksbildungs-Interessen der Reichshauptstadt“. Die bisherigen Leistungen des „Liberalismus“ für die Berliner Volksschule und die Volksbildungs-Interessen Berlins haben gezeigt, daß im Gegentheil auch diese seine neueste Leistung vollkommen den Prinzipien des „Liberalismus“ entspricht.

Die Vermehrung der Berliner Stadtvorordnetenmandate um 18 ist jetzt vom Oberpräsidenten genehmigt worden.

Zu Gunsten ihres „Vausonds“ veranstaltet die hiesige Freireligiöse Gemeinde am nächsten Sonnabend, den 27. November, im Keller's Festsaal, Kopenstr. 29, ein Vokal- und Instrumental-Konzert, in welchem neben dem gemischten Chor der Freireligiösen Gemeinde die, einem großen Theil unserer Genossen wohlbekannten Arbeiter-Gesangsvereine „Kornblume“, „Treue“, „Ost- und Westpreußen“ und „Georginia“, unter der bewährten Leitung des Herrn Musiklehrers Rich. Stih mitwirken werden, während die Instrumentalmusik vom Neuen Berliner Konzert-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Herrn Rud. Tich ausgeführt wird. Das Programm ist ein in jeder Beziehung ausgewähltes, so daß den Zuhörern ein genussreicher Abend in Aussicht steht.

Dem Bestreben der Freireligiösen Gemeinde, sich durch Schaffung eines eigenen Feins von den Einflüssen und Launen der Soalinhaber unabhängig zu machen, können wir nur den besten Erfolg wünschen und nur hoffen, daß unsere Genossen durch zahlreichen Besuch dieser Veranstaltung dazu beitragen werden, daß die Gemeinde diesem ihrem Ziele einen Schritt näher gebracht wird.

Handlungsgehilfen! Heute, Donnerstag Abend findet in Ahrens' Brauerei, Thurmstraße, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Kandidat des 40. Kommunal-Wahlbezirks, Rechtsanwalt Heine über die bevorstehenden Stadtvorordneten-Stichwahlen referiren wird. Bei dieser Gelegenheit werden auch wir darlegen, wie bisher von den Stadtvorordneten unsere Wünsche beachtet wurden und welche Stellung wir demgemäß einzunehmen haben. Es ist daher Pflicht jedes Kollegen, sich heute Abend an der Versammlung zu beteiligen. Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen Albert Kohn, Schliemannstr. 11.

Bei der Beerdigung unseres Parteigenossen Pfeiffer hat sich auf dem neuen Thomastirchhof eine fener peinlichen Störungen ereignet, die schon mehrfach in unserem Blatte Gegenstand der Rüge waren. Es hatte schon besondere Mühe gekostet, den Grabbesetzung frei zu bekommen, denn der Gefangene, der unserm Parteigenossen die letzte Ehre erwies, mußte dem Kirchhofsinspektor erst begreiflich machen, daß die Vieder, welche er legen wollte, nach der religiösen Richtung hin unanständig seien. Nachdem dieses Hinderniß beseitigt war, mußten die Kränze mit den rothen Schleifen herhalten. Als Genosse Scholz den Kranz des Wahlvereins mit den Worten „Ehre

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, 26. November.
Opernhaus. Zehn Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Jugendfreunde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe. Der Herr von Kräufel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sessing. Das Hudelein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Sanina Sanini. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Brautfahrt über den Berg von der Rosen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süssen. Das alte Lied. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Blaubeer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Frau Lieutenant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berliner Fährten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Alten. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Neues. Akkermitzweck. Vorher: Im Hölleberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Dorina. Vorher: Vico vorsa. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshülfsches. Der feuchte Joseph. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Ohne stillen Halt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/52. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Rein-Palast. Spezialitäten.
Vollage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Urania
Taubenstraße 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße No. 57/52: Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
—und—
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
6-10 Uhr.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. E. Weh. Zum 1. Male:
Leben und Lieben.
Bolschäd mit Gesang in 5 Akten von Ossar Klein.
Musik von Gulab Wanda. Unter persönlicher Leitung des Komponisten. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel v. 7 Uhr ab: — Frei-Konzert —
Bonn haben Gültigkeit. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Kolossaler Erfolg des neuen Programms.
Melanie Roberti.
Albertina Albertina.
Paxton's Gallerie schöner Frauen.
Uka
als lustige Schwiegermutter.
Paul Backer etc.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-Concert
Kapelle d. 2. Garde-Reg. i. Unif. Kgl. Musikdir. Max Graf.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

Quarg's Vaudeville Theater.
Grand Hotel Alexanderpl.
Das Modell.
Das Armband.
Ganz Berlin spricht von diesen Zugkräften.
Quarg's Vaudeville Theater.
Grand Hotel Alexanderpl.
Vereinszimmer.
Noch mehrere Tage frel. „Bonobris“ liegt aus. Restaurant, Rottbuserstrasse 7. 20170

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direction **Richard Schultz.**
Donnerstag, 26. November 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 21. Male:
Berliner Fährten.
Bunteste Ausstattungsstoffe mit Gesang und Tanz in 8 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannhardt.
Musik von Jul. Einödhofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Berliner Fährten.

I. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater.
Begründer und Direction:
Anton und Donat Herrfeld.
Kaufmann's Variété.
Heute zum 80. Male:
Ein
Abend im Wintergarten.
Im Atelier.
Ferner das hervorragende Spezialitäten-Ensemble
In Vorbereitung:
Familie Kochsalz.
Von Dresden der Glückliche.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen Faur.
mit ihrer Novität:
La Foy Der Feuertanz.
Robert Steidl
und 30 Kunstkräfte 1. Ranges.
Anfängeröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Taubenstraße 48-49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße No. 57/52: Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge. Näheres die Tagesanschlüsse!

Castan's Panoptikum.
Friedrichstr. 165.
Neu!!
Indisch-hindustanische Gaukler
—und—
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
6-10 Uhr.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. E. Weh. Zum 1. Male:
Leben und Lieben.
Bolschäd mit Gesang in 5 Akten von Ossar Klein.
Musik von Gulab Wanda. Unter persönlicher Leitung des Komponisten. Anfang 8 Uhr. Im Tunnel v. 7 Uhr ab: — Frei-Konzert —
Bonn haben Gültigkeit. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Kolossaler Erfolg des neuen Programms.
Melanie Roberti.
Albertina Albertina.
Paxton's Gallerie schöner Frauen.
Uka
als lustige Schwiegermutter.
Paul Backer etc.
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entrée 50 Pfg.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-Concert
Kapelle d. 2. Garde-Reg. i. Unif. Kgl. Musikdir. Max Graf.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

Quarg's Vaudeville Theater.
Grand Hotel Alexanderpl.
Das Modell.
Das Armband.
Ganz Berlin spricht von diesen Zugkräften.
Quarg's Vaudeville Theater.
Grand Hotel Alexanderpl.
Vereinszimmer.
Noch mehrere Tage frel. „Bonobris“ liegt aus. Restaurant, Rottbuserstrasse 7. 20170

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungepöste!
Kein K. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weiss etc., sondern seit 1876 laut F. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“. Angenehm, leicht trinkbare und dabei so sehr stärkende
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro 1/2 L an, sow. in m. plomb. Orig. Flaschen v. 1/2, 3/4, 1/2, 1 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. **hoh. Rabatt!**
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
Ausf. Proleacourant nebst Broschüre gratis und franco.
Kauptgeschäfts- und BERLIN N., Lindenstr. 150.
No. 17 **OSWALD NIER**

Laß' Dich nicht verblüffen!
Weibe so leicht seiner spalten, oder seitenlangen mit Schlogwürtern aller Art geistigen Kestime Dein Ohr, sondern vertraue allein dem lang andauernden Erfolge — dem seit einem Menschenalter als gut, solide, billig und voll bewährten Geschäft der Goldenen 110.
Winter-Paletots
in tausendfacher Auswahl, bei und nur 10, 12, 15, 18, 20, 24, 27, 30, 33, 36, 39, 42, 45, 48, 51, 54, 57, 60, 63, 66, 69, 72, 75, 78, 81, 84, 87, 90, 93, 96, 99, 102, 105, 108, 111, 114, 117, 120, 123, 126, 129, 132, 135, 138, 141, 144, 147, 150, 153, 156, 159, 162, 165, 168, 171, 174, 177, 180, 183, 186, 189, 192, 195, 198, 201, 204, 207, 210, 213, 216, 219, 222, 225, 228, 231, 234, 237, 240, 243, 246, 249, 252, 255, 258, 261, 264, 267, 270, 273, 276, 279, 282, 285, 288, 291, 294, 297, 300, 303, 306, 309, 312, 315, 318, 321, 324, 327, 330, 333, 336, 339, 342, 345, 348, 351, 354, 357, 360, 363, 366, 369, 372, 375, 378, 381, 384, 387, 390, 393, 396, 399, 402, 405, 408, 411, 414, 417, 420, 423, 426, 429, 432, 435, 438, 441, 444, 447, 450, 453, 456, 459, 462, 465, 468, 471, 474, 477, 480, 483, 486, 489, 492, 495, 498, 501, 504, 507, 510, 513, 516, 519, 522, 525, 528, 531, 534, 537, 540, 543, 546, 549, 552, 555, 558, 561, 564, 567, 570, 573, 576, 579, 582, 585, 588, 591, 594, 597, 600, 603, 606, 609, 612, 615, 618, 621, 624, 627, 630, 633, 636, 639, 642, 645, 648, 651, 654, 657, 660, 663, 666, 669, 672, 675, 678, 681, 684, 687, 690, 693, 696, 699, 702, 705, 708, 711, 714, 717, 720, 723, 726, 729, 732, 735, 738, 741, 744, 747, 750, 753, 756, 759, 762, 765, 768, 771, 774, 777, 780, 783, 786, 789, 792, 795, 798, 801, 804, 807, 810, 813, 816, 819, 822, 825, 828, 831, 834, 837, 840, 843, 846, 849, 852, 855, 858, 861, 864, 867, 870, 873, 876, 879, 882, 885, 888, 891, 894, 897, 900, 903, 906, 909, 912, 915, 918, 921, 924, 927, 930, 933, 936, 939, 942, 945, 948, 951, 954, 957, 960, 963, 966, 969, 972, 975, 978, 981, 984, 987, 990, 993, 996, 999, 1002, 1005, 1008, 1011, 1014, 1017, 1020, 1023, 1026, 1029, 1032, 1035, 1038, 1041, 1044, 1047, 1050, 1053, 1056, 1059, 1062, 1065, 1068, 1071, 1074, 1077, 1080, 1083, 1086, 1089, 1092, 1095, 1098, 1101, 1104, 1107, 1110, 1113, 1116, 1119, 1122, 1125, 1128, 1131, 1134, 1137, 1140, 1143, 1146, 1149, 1152, 1155, 1158, 1161, 1164, 1167, 1170, 1173, 1176, 1179, 1182, 1185, 1188, 1191, 1194, 1197, 1200, 1203, 1206, 1209, 1212, 1215, 1218, 1221, 1224, 1227, 1230, 1233, 1236, 1239, 1242, 1245, 1248, 1251, 1254, 1257, 1260, 1263, 1266, 1269, 1272, 1275, 1278, 1281, 1284, 1287, 1290, 1293, 1296, 1299, 1302, 1305, 1308, 1311, 1314, 1317, 1320, 1323, 1326, 1329, 1332, 1335, 1338, 1341, 1344, 1347, 1350, 1353, 1356, 1359, 1362, 1365, 1368, 1371, 1374, 1377, 1380, 1383, 1386, 1389, 1392, 1395, 1398, 1401, 1404, 1407, 1410, 1413, 1416, 1419, 1422, 1425, 1428, 1431, 1434, 1437, 1440, 1443, 1446, 1449, 1452, 1455, 1458, 1461, 1464, 1467, 1470, 1473, 1476, 1479, 1482, 1485, 1488, 1491, 1494, 1497, 1500, 1503, 1506, 1509, 1512, 1515, 1518, 1521, 1524, 1527, 1530, 1533, 1536, 1539, 1542, 1545, 1548, 1551, 1554, 1557, 1560, 1563, 1566, 1569, 1572, 1575, 1578, 1581, 1584, 1587, 1590, 1593, 1596, 1599, 1602, 1605, 1608, 1611, 1614, 1617, 1620, 1623, 1626, 1629, 1632, 1635, 1638, 1641, 1644, 1647, 1650, 1653, 1656, 1659, 1662, 1665, 1668, 1671, 1674, 1677, 1680, 1683, 1686, 1689, 1692, 1695, 1698, 1701, 1704, 1707, 1710, 1713, 1716, 1719, 1722, 1725, 1728, 1731, 1734, 1737, 1740, 1743, 1746, 1749, 1752, 1755, 1758, 1761, 1764, 1767, 1770, 1773, 1776, 1779, 1782, 1785, 1788, 1791, 1794, 1797, 1800, 1803, 1806, 1809, 1812, 1815, 1818, 1821, 1824, 1827, 1830, 1833, 1836, 1839, 1842, 1845, 1848, 1851, 1854, 1857, 1860, 1863, 1866, 1869, 1872, 1875, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890, 1893, 1896, 1899, 1902, 1905, 1908, 1911, 1914, 1917, 1920, 1923, 1926, 1929, 1932, 1935, 1938, 1941, 1944, 1947, 1950, 1953, 1956, 1959, 1962, 1965, 1968, 1971, 1974, 1977, 1980, 1983, 1986, 1989, 1992, 1995, 1998, 2001, 2004, 2007, 2010, 2013, 2016, 2019, 2022, 2025, 2028, 2031, 2034, 2037, 2040, 2043, 2046, 2049, 2052, 2055, 2058, 2061, 2064, 2067, 2070, 2073, 2076, 2079, 2082, 2085, 2088, 2091, 2094, 2097, 2100, 2103, 2106, 2109, 2112, 2115, 2118, 2121, 2124, 2127, 2130, 2133, 2136, 2139, 2142, 2145, 2148, 2151, 2154, 2157, 2160, 2163, 2166, 2169, 2172, 2175, 2178, 2181, 2184, 2187, 2190, 2193, 2196, 2199, 2202, 2205, 2208, 2211, 2214, 2217, 2220, 2223, 2226, 2229, 2232, 2235, 2238, 2241, 2244, 2247, 2250, 2253, 2256, 2259, 2262, 2265, 2268, 2271, 2274, 2277, 2280, 2283, 2286, 2289, 2292, 2295, 2298, 2301, 2304, 2307, 2310, 2313, 2316, 2319, 2322, 2325, 2328, 2331, 2334, 2337, 2340, 2343, 2346, 2349, 2352, 2355, 2358, 2361, 2364, 2367, 2370, 2373, 2376, 2379, 2382, 2385, 2388, 2391, 2394, 2397, 2400, 2403, 2406, 2409, 2412, 2415, 2418, 2421, 2424, 2427, 2430, 2433, 2436, 2439, 2442, 2445, 2448, 2451, 2454, 2457, 2460, 2463, 2466, 2469, 2472, 2475, 2478, 2481, 2484, 2487, 2490, 2493, 2496, 2499, 2502, 2505, 2508, 2511, 2514, 2517, 2520, 2523, 2526, 2529, 2532, 2535, 2538, 2541, 2544, 2547, 2550, 2553, 2556, 2559, 2562, 2565, 2568, 2571, 2574, 2577, 2580, 2583, 2586, 2589, 2592, 2595, 2598, 2601, 2604, 2607, 2610, 2613, 2616, 2619, 2622, 2625, 2628, 2631, 2634, 2637, 2640, 2643, 2646, 2649, 2652, 2655, 2658, 2661, 2664, 2667, 2670, 2673, 2676, 2679, 2682, 2685, 2688, 2691, 2694, 2697, 2700, 2703, 2706, 2709, 2712, 2715, 2718, 2721, 2724, 2727, 2730, 2733, 2736, 2739, 2742, 2745, 2748, 2751, 2754, 2757, 2760, 2763, 2766, 2769, 2772, 2775, 2778, 2781, 2784, 2787, 2790, 2793, 2796, 2799, 2802, 2805, 2808, 2811, 2814, 2817, 2820, 2823, 2826, 2829, 2832, 2835, 2838, 2841, 2844, 2847, 2850, 2853, 2856, 2859, 2862, 2865, 2868, 2871, 2874, 2877, 2880, 2883, 2886, 2889, 2892, 2895, 2898, 2901, 2904, 2907, 2910, 2913, 2916, 2919, 2922, 2925, 2928, 2931, 2934, 2937, 2940, 2943, 2946, 2949, 2952, 2955, 2958, 2961, 2964, 2967, 2970, 2973, 2976, 2979, 2982, 2985, 2988, 2991, 2994, 2997, 3000, 3003, 3006, 3009, 3012, 3015, 3018, 3021, 3024, 3027, 3030, 3033, 3036, 3039, 3042, 3045, 3048, 3051, 3054, 3057, 3060, 3063, 3066, 3069, 3072, 3075, 3078, 3081, 3084, 3087, 3090, 3093, 3096, 3099, 3102, 3105, 3108, 3111, 3114, 3117, 3120, 3123, 3126, 3129, 3132, 3135, 3138, 3141, 3144, 3147, 3150, 3153, 3156, 3159, 3162, 3165, 3168, 3171, 3174, 3177, 3180, 3183, 3186, 3189, 3192, 3195, 3198, 3201, 3204, 3207, 3210, 3213, 3216, 3219, 3222, 3225, 3228, 3231, 3234, 3237, 3240, 3243, 3246, 3249, 3252, 3255, 3258, 3261, 3264, 3267, 3270, 3273, 3276, 3279, 3282, 3285, 3288, 3291, 3294, 3297, 3300, 3303, 3306, 3309, 3312, 3315, 3318, 3321, 3324, 3327, 3330, 3333, 3336, 3339, 3342, 3345, 3348, 3351, 3354, 3357, 3360, 3363, 3366, 3369, 3372, 3375, 3378, 3381, 3384, 3387, 3390, 3393, 3396, 3399, 3402, 3405, 3408, 3411, 3414, 3417, 3420, 3423, 3426, 3429, 3432, 3435, 3438, 3441, 3444, 3447, 3450, 3453, 3456, 3459, 3462, 3465, 3468, 3471, 3474, 3477, 3480, 3483, 3486, 3489, 3492, 3495, 3498, 3501, 3504, 3507, 3510, 3513, 3516, 3519, 3522, 3525, 3528, 3531, 3534, 3537, 3540, 3543, 3546, 3549, 3552, 3555, 3558, 3561, 3564, 3567, 3570, 3573, 3576, 3579, 3582, 3585, 3588, 3591, 3594, 3597, 3600, 3603, 3606, 3609, 3612, 3615, 3618, 3621, 3624, 3627, 3630, 3633, 3636, 3639, 3642, 3645, 3648, 3651, 3654, 3657, 3660, 3663, 3666, 3669, 3672, 3675, 3678, 3681, 3684, 3687, 3690, 3693, 3696, 3699, 3702, 3705, 3708, 3711, 3714, 3717, 3720, 3723, 3726, 3729, 3732, 3735, 3738, 3741, 3744, 3747, 3750, 3753, 3756, 3759, 3762, 3765, 3768, 3771, 3774, 3777, 3780, 3783, 3786, 3789, 3792, 3795, 3798, 3801, 3804, 3807, 3810, 3813, 3816, 3819, 3822, 3825, 3828, 3831, 3834, 3837, 3840, 3843, 3846, 3849, 3852, 3855, 3858, 3861, 3864, 3867, 3870, 3873, 3876, 3879, 3882, 3885, 3888, 3891, 3894, 3897, 3900, 3903, 3906, 3909, 3912, 3915, 3918, 3921, 3924, 3927, 3930, 3933, 3936, 3939, 3942, 3945, 3948, 3951, 3954, 3957, 3960, 3963, 3966, 3969, 3972, 3975, 3978, 3981, 3984, 3987, 3990, 3993, 3996, 3999, 4002, 4005, 4008, 4011, 4014, 4017, 4020, 4023, 4026, 4029, 4032, 4035, 4038, 4041, 4044, 4047, 4050, 4053, 4056, 4059, 4062, 4065, 4068, 4071, 4074, 4077, 4080, 4083, 4086, 4089, 4092, 4095, 4098, 4101, 4104, 4107, 4110, 4113, 4116, 4119, 4122, 4125, 4128, 4131, 4134, 4137, 4140, 4143, 4146, 4149, 4152, 4155, 4158, 4161, 4164, 4167, 4170, 4173, 4176, 4179, 4182, 4185, 4188, 4191, 4194, 4197, 4200, 4203, 4206, 4209, 4212, 4215, 4218, 4221, 4224, 4227, 4230, 4233, 4236, 4239, 4242, 4245, 4248, 4251, 4254, 4257, 4260, 4263, 4266, 4269, 4272, 4275, 4278, 4281, 4284, 4287, 4290, 4293, 4296, 4299, 4302, 4305, 4308, 4311, 4314, 4317, 4320, 4323, 4326, 4329, 4332, 4335, 4338, 4341, 4344, 4347, 4350, 4353, 4356, 4359, 4362, 4365, 4368, 4371, 4374, 4377, 4380, 4383, 4386, 4389, 4392, 4395, 4398, 4401, 4404, 4407, 4410, 4413, 4416, 4419, 4422, 4425, 4428, 4431, 4434, 4437, 4440, 4443, 4446, 4449, 4452, 4455, 4458, 4461, 4464, 4467, 4470, 4473, 4476, 4479, 4482, 4485, 4488, 4491, 4494, 4497, 4500, 4503, 4506, 4509, 4512, 4515, 4518, 4521, 4524, 4527, 4530, 4533, 4536, 4539, 4542, 4545, 4548, 4551, 4554, 4557, 4560, 4563, 4566, 4569, 4572, 4575, 4578, 4581, 4584, 4587, 4590, 4593, 4596, 4599, 4602, 4605, 4608, 4611, 4614, 4617, 4620, 4623, 4626, 4629, 4632, 4635, 4638, 4641, 4644, 4647, 4650, 4653, 4656, 4659, 4662, 4665, 4

30 Schaufenster!

Die ausgelegten Artikel sind mit Preisen versehen.

Weihnachts-Anstellung.

3 Fahrstühle
in den
6 Etagen.

Wäsche in grosser Auswahl selbst confectionirt. Teppiche. Kleiderstoffe. Seide. Tischdecken.

Trieotagen. Flannels. Inletts u. Züchen. Schürzen u. Unterröcke. Regenschirme.

M. Schneider & Cie.

Spittelmarkt 11.

Eigene Weberei in Landshut i. Schl.

Unerreicht billige Preise

bei nur

Prima-Qualitäten.

Hemdentuche, Leinen, Tischgedecke, Handtücher. Bettdecken. Steppdecken eigener Fabrikation.

Gardinen. Möbelstoffe. Bettvorlagen. Felle. Corsets. Pelzwaren. Taschentücher.

Weihnachts-Anstellung.

Weihnachts-Anstellung.

45 Kaufhäuser

in Deutschland, welche gemeinschaftlich einkaufen.

Weihnachts-Anstellung.

Absolut reelle
Bedienung. Verkauf nur gegen baar. Streng feste Preise.

Künstl. Zähne 2 M. Schmerzl. Zahnziehen 1 M., Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-8 U.

Goldabfälle 30112

Gold, Silber, Schmelz, Treiben, Platin faulst die Scheide-Anst. Zimmerstr. 32. Strichwoll-Ausverkauf. Reste in Seppur und Rockwolle zu Rabatstr. Holzmarktstr. 60. S. L. I. Tr.

Betten, Gardinen, Tischdecken spottb. Reanderstr. 6, Pfandleise. * **Cigarren Leihhaus** fabelhaft billig. Cigaretten - Reste von 3,95 an u. Cigarren - Versand, Roienthalerstr. 11/12. I. A. III 8535

Rudolph Scholz,

6. Raungr. 6, 2021D empfiehlt sein Weich- und Bayerisch-Bier-Cofal, nebst freudlichem, nach dem Garten gelegen. Vereinszimmer.

Warnung. Hiermit warne ich, meinem Sohn Max Hofa auf meinen Namen Geld oder Geldbesitz zu borgen, da ich hierfür nicht aufkomme. Carl Hofa.

Weihnachts-Messe

(3.-31. Dezember) im Equitable-Palast, Leipzigerstr. 102, Ecke Friedrichstr. Beste, verkehrsreichste Lage. Nur noch wenige Verkaufsstände vorhanden. Anmeldebedingungen für Verkaufsstände sind kostenlos zu haben bei S. Lubszynski, Königstr. 4-6 II.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Hand v. M. Singer Spezialarzt f. Haut u. Geschlechts. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Dr. Ringelmann Spezialarzt für 35000* Haut-, Harn- und Unterleibsleiden. Friedrichstr. 160, zw. Linden u. Bohnenstr. 11-2 5-7.

Künstliche Zähne. Dr. Zieffens, Rosenhalerstr. 61, 2 Tr. * Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Prkt. Zahnarzt Wronker Plombieren, Zahnziehen, Zahnreinigung. Leipzigerstr. 30, II, 9-6, unentgeltl. 8-9. Telefon. Nachtlade.

Sie wünschen zu wissen, wie es möglich ist, dass Gustav Lucke so billig verkaufen kann. In durch Einkauf von großen Mengen verkaufe ich von heute ab: Gohedelegante Winter-Paletots v. 9 M. 50 Pf. an.

Gohengollern- und Pelzinnen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an. Kaiser-Mäntel und Toppen von 6 M. 75 Pf. an.

Doch, Rock- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an. Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an. Kellner-Hosen und Jaquetts von 4 M. 50 Pf. an.

Leber- und Arbeits-Hosen von 2 M. 35 Pf. an.

Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Fahrräder, Hüte, Schirme, Stöcke, Wädicke, Stiefel, Koffer, Operngläser, Revolver, Revolver, Teleskope, Stockfinten, Harmonikas, Geigen, Pflöhen, Trommeln, Regulatoren, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 32812*

Gustav Lucke, Warenhaus, Berlin, Oranienstr. 131.

Winterpaletots, Kaisermäntel, Besenmont. Ubr. Regul. Operngl. spottb. Reanderstr. 6, Pfandl.



Wer

eine zuverlässige, echt mit Krümmel verarbeitete Taschenuhr wünscht, besorgt man sich mit h. Aufzeichnung - kein Risiko - da wir 3 jah. Garant. leisten jeder Uhr beilegen u. nicht zuliegend. Das Geld zurück, falls die Uhr nicht funktioniert. Gold- u. Silberuhren, mit Krümmel verarbeitete Herren- u. Damen- u. Kind. u. groß. Gehäuse. 2 Wechsler, Emaillegehäuse, genau gepulvert, gut reguliert, ca. 30 tägiges Gehr. nur Mk. 9,50.

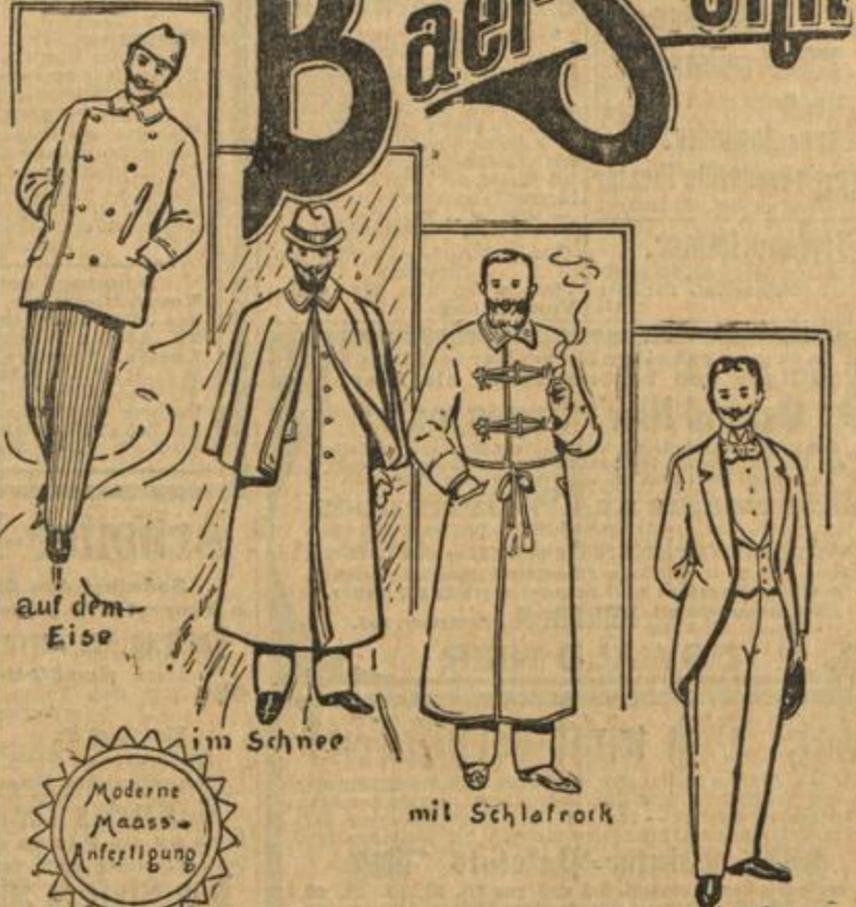
Telegl. echt silberne Herren-Kem. -Gehäuse (Eppenged.) nur Mk. 15,00. Gold- u. Silber-Damen-Kem., vornehm gravirt, stark Gehäuse, nur Mk. 11,50. Gold- u. Silber-Damen-Kem., Hart-Gehäuse, f. Gravur, nur Mk. 19,50. Gold- u. Silber, mit Krümmel, wandlerlos, nur Mk. 24,50. Kellner-Hosen nur Mk. 2,50. Versand geg. Nachnahme od. Reichsbank. G. Schubert & Co., Rembrandt-Strichgasse, Berlin SW., Beutestraße 17.

Für 36 Mark fertige feinen Winterpaletot u. Rock für 36 M. f. Anzug nach Maß für 8-12 M. f. Winterhosen nach Maß. **Man überzeuge sich im Riesenstofflager.** Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Glas-Christbaumschmuck! 1 Stückchen Glas-Christbaumschmuck mit 300 Stück, nur größere, fein verfertigt u. bemalte Kunstwerke u. Gespinne, Messer, Perl-, Brillant- u. Edelstein, sowie ein 20 cm hoher, hoch. Engel, versend. für den sehr bill. Preis von 6 M. franco pr. Nachnahme. **Ernst Wesołowski**, Lauscha i. S.

Kleidet Euch bei

Baer Sohn



auf dem Eise

im Schnee

mit Schlafrock

im Salon



Chausseesr. 24 a Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 16

Möbel

verleihen gewasene und neue, sammet billig, Teilzahlung gestattet, Beamten ohne Anzahlung. 20179* **Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.**

Hirschfleisch, 25, 30, 40 Pf. Kente und Rind 70 und 80 Pf., Hasen von 2,75 M. an, Kaninchen 80 Pf., Ober-Gänse 50, 55 Pf. Wild- und Geflügelhandlung.

A. Ritzehl, Dresdenerstr. 61.

Möbel

in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Teilzahlung. Dr. Pöger gebrauchter und verleiht gewasener Möbel. 34594*

Oranienstr. 73.

Oskar Raeder

37 Oranienstr. 37. Stahlwaren u. Werkzeuge bester Qualität, spez. für Buchbinder, Lederarbeiter, Zantler, Töpfer, Zuckarteure u. Formier. Große Auswahl in Scheren, Tisch- u. Taschenmessern, Wirtschaftsz. Gegenständen und Schlüsseln. Reparatur-Verkehr mit Krafttrieb. 30415*

Eine Schiffs- für 25 Reichsbank-Strasse 103, S. Osh. 1 Tr. S. Friedrich.

Arbeitsmarkt

Selbst. Schlossergesellen auf best. Ausschuldearbeiten und Treppenanverl. Charlottenburg, Wallstr. 22. 20298

Tüchtige Hohlbleifer finden dauernd Beschäftigung in der Dampf-Hohlbleiferlei von **Honkel & Müller, Hamburg.** Glasbüttenstraße 26.

Tüchtige Schlosser auf Brückenwagen gesucht bei **H. G. Herrmann, Berlin NO, Glöckchenstr. 10.**

Jung Mann wünscht Möbelstoffe zu leihen. Döring, Reichenbergerstr. 106a. **John Karion - Arbeiterinnen,** geübte, v. Volk, Neue Friedrichstr. 48. **Belegerinnen** verl. Goldschmiedfabrik Döllingstr. 4. 20176

Kartonarbeiterinnen verunat. K u n r e h, Alte Jakobstr. 4